

Die „Arbeiter-“ enthält täglich einmal als Morgenausgabe und Montag als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Bote“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat Juni 42.— Mk., im voraus zahlbar. Bestellungen nehmen sämtliche Postämter entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland, Tschechien, Ost- und Westpreußen sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Ungarn 76.— Mk., für das übrige Ausland 94.— Mk.

Die abgedruckte Kompositionelle über deren Raum kostet 18.— Mk., einschließlich Anzeigenkategorie. Kleine Anzeigen: Das letzte gedruckte Wort 2.50 Mk., jedes weitere Wort 1.75 Mk., einschließlich Anzeigenkategorie. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 12.— Mk. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das letzte gedruckte Wort 2.— Mk., jedes weitere Wort 1.50 Mk.

Fernsprecher Zentrum 152 30—152 31

Arbeiter- Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Heute nachmittag Arbeitsruhe

12 Uhr: Beginn der Arbeitsruhe / 3 Uhr: Demonstration im Lustgarten

Massenaufmarsch des Berliner Proletariats!

Arbeiter! Angestellte! Beamte!

In Ergänzung unseres gestern abend in der Arbeiterpresse bekanntgegebenen Aufrufes veröffentlichen wir für die heutige Demonstration nachstehend den Organisationsplan:

1. Die Arbeitsruhe beginnt heute mittag punkt 12 Uhr und endet morgen, Mittwoch, bei Arbeitsbeginn.
2. Die Schichtarbeiter, die sich um 11 1/2 Uhr in ihren Betrieben einzufinden haben, begeben sich mit dem Zuge ihrer Betriebsbelegschaft zum Demonstrationsort.
- Die Demonstration findet statt punkt 3 Uhr nachmittags im Lustgarten, auf dem Schloßplatz und auf dem Neuen Markt.
4. Die Betriebsbelegschaften marschieren in geschlossenem Zuge unter Führung selbstgewählter, durch rote Armbinden kenntlich gemachter Ordner zum Demonstrationsort.
5. Alle nicht in Betrieben Tätigen sammeln sich an den für die einzelnen Bezirke von den Parteileitungen für Demonstrationen stets bekanntgegebenen Plätzen und begeben sich von dort gleichfalls in geschlossenem Zuge nach dem Lustgarten.
6. Die Betriebe müssen die Aufstellung des Zuges und dessen Abmarsch so einrichten, daß sie punkt 3 Uhr am Demonstrationsort sind. Benachbarte und bezirklich zusammenliegende Betriebe vereinigen ihre Einzelzüge zu einem großen Gesamtzuge, der durch die bekannten Hauptstraßen zu leiten ist.

7. Die Betriebe des Westens, Nordwestens und die der westlichen und nordwestlichen Vororte benutzen vorzugsweise zum Aufmarsch folgende Straßenzüge: Berliner Straße oder Bismarckstraße, oder Kurfürstendamm, ferner Hardenbergstraße, Tauentzienstraße, Wittenbergplatz, Kleiststraße, Rollendorfsplatz, Potsdamer Straße, Bülowstraße, Flottwellstraße, Schöneberger Ufer, Schöneberger Straße, Anhalterstraße, obere Wilhelmstraße, Kochstraße, Charlottenstraße, Französische Straße.
8. Alle Züge haben die Baumreihe zu beachten.
9. Notstandsarbeiten sind auszuführen. Für besonders hierfür notwendig werdende Entscheidungen sind die in Frage kommenden Gewerkschaften zuständig.
10. Zeitungen dürfen während der Zeit des Demonstrationstreiks (Punkt 1 dieses Planes) nicht erscheinen.
11. Für Dienstag abend angeordnete öffentliche Versammlungen finden nicht statt.
12. Redner sind Abgeordnete der Parteien. Die Redner treffen sich punkt 2 Uhr Breite Straße 8/B. Jeder Redner spricht 15 Minuten. Der Beginn und das Ende der Reden werden durch Trompetensignale angezeigt.
13. Die Demonstration schließt mit dem Vortrag von Arbeiterkampfliedern.
14. Die Arbeiterführer, die den beauftragten Ordnern ihre Legitimation vorzuzeigen haben, nehmen Aufstellung auf der großen Museumstreppe, die von anderen Demonstranten freizuhalten ist.
15. Jede Partei muß 100 Ordner stellen. Diese Ordner versammeln sich mittags 12 1/2 Uhr Breite Straße 8/B. Armbinden sind mitzubringen.

Was weiter?

Wie in den Herzen von Millionen, so zittert in jedem einzelnen die Erregung über das Erlebte. Erinnerung an unsagbares Morden, an entsetzliches Dahinschlachten von Millionen wird uns in dem grauenvollen Lode dieses einzelnen lebendig. War Rathenau auch nicht unser, sein Ende war das gleiche, wie das so vieler vor ihm aus unseren Reihen. Die tierische Rohheit, die kalte Blutlust, die über Berge von Leichen im Krieg ihren Weg ging, um den Träumen einer militaristisch-kapitalistischen Beherrschung der Welt nachzujagen, sie spricht aus dieser Tat. Sie sollte den gleichen Zwecken dienen. Der Wiederherstellung vergangener Cäsarenherrschaft auf dem Rücken der Volksmassen.

Geben wir uns keiner Täuschung hin. Im Augenblick mag es scheinen, daß unter dem Eindruck des allgemeinen Entsetzens die Monarchisten sich vorsichtiger verhalten; es mag auch sein, daß der eine oder andere ihrer spleißbürgerlichen Anhänger sich von ihnen wendet. Die Leiter ihrer Organisationen, die mit Millionen geeigneten Großindustriellen, die abgedankten Militärs, die Ludendorff und Konsorten, die durch den Gang der Entwicklung ausgeschalteten früheren Machthaber, sie werden keinen Augenblick ihre Ziele aufgeben. Die Wiederherstellung der Monarchie ist nach wie vor ihr Ziel, zu dem sie sich für jeden deutlich genug auch jetzt wieder bekennen. Sie müssen fürchten, alles zu verlieren, wenn die Republik sich befestigt, wenn der Wille der großen Volksmassen auch in der Gewohnheit zum Gesetz wird, wenn eine republikanische Tradition die Wiederkehr früherer Militärdiktatur unmöglich machen sollte. Noch zehren sie von der Tradition verfloßener Zeiten, leben sie von der Gedächtnisschwäche weiter Schichten, die ohne politische und gewerkschaftliche Schulung in Blättern wie der „Kölnischer“ ihre einzige Nahrung finden. Für sie ist: Zeit verloren — alles verloren. Der Mord an Rathenau war für sie kein Ende, nicht ein letztes Aufflackern. Für sie ist er ein neuer Anfang eines verzweifeltsten Kampfes. Wehe uns, wenn wir nicht wächten und damit rechneten, daß die Abrechnung erst beginnt!

Arbeitende Männer und Frauen Groß-Berlins! Gestaltet diese Demonstration zu einer einheitlichen, machtvollen Kundgebung des Proletariats!

Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend:
Siegler.
Kra-Bund, Ortskariell Groß-Berlin:
Flatau, Rogah, Rofke.
Bezirks-Verband der SPD:
Pfeiffer.

Bezirks-Verband der SPD:
Th. Fischer.
Bezirks-Verband der USPD:
Hermann Müller.

Konsumgenossenschaft

Die gesamten Verkaufsstellen schließen um 12 Uhr. Alles Personal nimmt an der Demonstration geschlossen teil. Wir bitten unsere Mitglieder, den Bedarf bis 12 Uhr zu decken.

Proteststreik und Staatsangestellte.

Berlin, 26. Juni (amtlich)
Die preussische Staatsregierung hat sich für ihre sämtlichen Behörden den von der Reichsregierung gegebenen Anordnungen betreffend die Teilnahme am Proteststreik am Tage der Beerdigung des Ministers Dr. Rathenau angeschlossen.

Die Stimme aus den Betrieben.

In verschiedenen Großbetrieben, so von der Belegschaft der „Rota“, Borsigwalde, der AEG, der Daimler-Motoren-Gesellschaft usw. wurden Resolutionen angenommen, in denen von der Regierung scharfe Maßnahmen gegen die Konterrevolution gefordert und der ADGB, aufgerufen wird, die Durchführung des Bielefelder Abkommens zu erzwingen.

Der Bruder Tilleffens und

Kapitänleutnant Hoffmann verhaftet

Auf die Enthüllungen des Abg. Wels im Reichstag hin wurde gestern noch in Flensburg der Bruder des Erzbergermörders Tilleffens, verhaftet. Tilleffens hielt sich in Flensburg bei einem anderen Bruder, einem Marineoffizier, auf. Er wurde auf Antrag der Kasseler Staatsanwaltschaft verhaftet wegen dringenden Verdachtes, den Mordversuch an Scheidemann begangen zu haben. Der Verdächtige war im Besitz eines Auslandspasses und

wollte vermutlich in das nahegelegene Dänemark flüchten. Der Verhaftete wurde nach Kassel übergeführt, um Scheidemann gegenübergestellt zu werden.

Aus München wird gemeldet, daß dort auf Verlangen der Staatsanwaltschaften Berlin und Kassel der Kapitänleutnant Hoffmann unter dem gleichen Verdacht festgenommen worden ist.

Oberst Rylander-München soll nach neueren Meldungen nicht verhaftet sein.

Die Sozialrevolutionäre in Lebensgefahr Lynchjustiz an den Angeklagten?

Den angeklagten Sozialisten-Revolutionären droht die Ermordung! Das Leben der Angeklagten, in die Hand der Sowjetregierung gegeben, ist in höchster Gefahr. Wochenlang hat die kommunistische Presse die Wut der unwissenden Bevölkerung aufs höchste gesteigert. Jetzt zeigt sich das Resultat. Durchaus verlässliche Nachrichten aus Moskau besagen: Die wütenden Massen wollen durch Lynchjustiz die Angeklagten beseitigen! Wird die Sowjetregierung das Fürchterliche geschehen lassen? Die Sowjetregierung soll nicht denken, daß die deutsche Arbeiterschaft durch deutsche Angelegenheiten so völlig in Anspruch genommen ist, daß sie den Prozeß der M. vergessen hat. Die deutsche Arbeiterschaft macht die Sowjetregierung für jeden Tropfen Blut, der in Moskau fließt, verantwortlich.

Möge die Sowjetregierung wenigstens das Leben der angeklagten Sozialisten-Revolutionäre schützen!

So stark der Wille des Volkes ist, die Republik zu schützen, so eindeutig und klar der Widerwille gegen die Wiederkehr des alten Regimes, so stark sind heute noch die Positionen der Reaktion. Wo findet die Republik die Richter, die sie zu schützen bereit sind? Wo findet sie die ihr treu ergebene Beamten, die, weil sie sich mit dem Willen der Volksmassen verbunden fühlen, ihr wirklich mit Hingebung dienen? Die Reaktion kann getrost einen kleinen Sturm über sich ergehen lassen. Sie hat und behält, wenn wir eine Fortsetzung der früheren Taktik erleben, ihre starken Stützen überall. Die Reichswehr ist ihr sicher. Die Generale und Offiziere sind ihr treu und zuverlässig ergeben, sie werden den Moment abwarten, wo die nationalitistische Verhegung aus der Not und der Verelendung der Volksmassen heraus auf breiter Grundlage vorstoßen kann.

Vor uns allen steht darum die Frage: Was soll weiter werden? Eins hat der Mord an Rathenau wenigstens schon gezeitigt. Er hat der gesamten Arbeiterschaft das Verständnis für die Aufgabe des geschichtlichen Moments erleichtert. Vor der Frage des Sozialismus, vor allen Problemen, die auch gelöst werden müssen, steht die eine Aufgabe, den Rahmen zu sichern, den Boden zu schaffen, ohne den das Proletariat nicht weiter arbeiten, ja überhaupt nicht leben kann. So scharf auch der Kampf der Richtungen in der Arbeiterschaft gewesen sein mag oder noch sein wird, in diesen Tagen fühlten es alle: Im Kampfe um die Republik müssen wir alle zusammenstehen, zu ihrem Schutze ist jede Maßnahme berechtigt, wenn sie nur unsere Position stärkt, wenn sie nur der Reaktion den Boden unter den Füßen entzieht. Der jubelnde Beifall, der den Worten Bircks auf der ganzen Linie — von Hölle in bis Wels — folgte,

er zeigte so deutlich, wie bisher noch nicht: Wir nähern uns dem gemeinsamen Verständnis der Aufgaben, die die proletarische Klasse heute um Lebens und Sterbens willen lösen muß. Alles, was sonst unter uns diskutiert und umstritten worden ist, es erscheint klein und unbedeutend gegenüber dieser Aufgabe: die Republik zu sichern als die einzig mögliche Staatsform, in der die Arbeiterklasse leben und gedeihen kann, in der auch die Reichswehr, die allen Mörderorganisationen an die Wäsche all der anderen tausend und aber tausend Mörder gegangen werden kann, die die Weltkatastrophe für die Millionenmassen in allen Ländern gebracht hat. Dieser Kampf ist kaum begonnen, geschweige denn beendet. Ueber die Mittel, die in ihm anzuwenden sind, wird gestritten werden. Aber was zu tun ist, das kann niemandem unklar sein. Verschwänden wir die Kadaver liefert, die niemanden nützt, die nur Millionen verschlingt und die monarchistische Tradition aufrechterhalten soll. An der Wurzel der Justiz muß angepackt werden durch eine Reform an Haupt und Gliedern. Denn was wir erleben mußten, war eine Schande und Schmach. Jede Kraft, die die Arbeiterklasse hergeben kann, muß zur Mitarbeit herangezogen werden, um in die Verwaltung einzudringen. Denn in der stillen und offenen Sabotage der reaktionären Beamtenherrschaft beruhte die Stärke der Reaktion, gegen die der beste Wille auch wohlmeinender sozialistischer Minister nur allzuoft ohnmächtig war.

Ueber allem aber steht die Pflicht, die allen proletarischen Parteien obliegt, die jeder Arbeiter von seinen Führern jetzt erwarten wird, daß die Bewegung der Arbeiterklasse das Höchstmögliche an Einigkeit und Geschlossenheit aufbringt, ohne die weder zielklares Handeln möglich, noch überhaupt irgendein dauernder Erfolg für die Gegenwart oder Zukunft zu erreichen ist.

Wird die Arbeiterklasse lernen aus dem Vergangenen, wird sie die Fehler und Schwächen, die Halbheiten und Unzulänglichkeiten überwinden, wird ihre höhere Klarheit und Entschlossenheit mit diesem Höchstmöglichen an Geschlossenheit und Einheitlichkeit verbunden sein, dann können wir getrost hoffen:

Diesmal darf und diesmal wird die große Aufgabe kein kleines Geschlecht finden!

Auf der Suche nach den Mördern

Die Ermittlungen der Polizei bei ihrer Fahndung nach den Mördern Rathenau haben immer noch nicht zu einem greifbaren Ergebnis geführt. Der Berliner Polizeipräsident hat nunmehr

eine Million Mark Belohnung

ausgesetzt. Es steht fest, daß die beiden Täter mit dem von ihnen benutzten Kraftwagen am Vormittag des 24. schon um 10 Uhr 20 Minuten oder 10 Uhr 25 Minuten in der Bismarckstraße, etwa 80 Schritte von deren Einmündung in die Königsallee, gehalten haben. Der Motor des Wagens lief. Die Spitze des Wagens war nach der Königsallee gerichtet. Einer der Täter ging zwischen dem Wagen und der Königsallee auf und ab. Der andere Täter saß im Wagen. Der Kraftfahrer saß auf seinem Sitz und beschäftigte sich dauernd am Spritzbreit, wobei er sich so bückte, daß nur sein Rücken zu sehen war.

Beschreibung des Wagens.

Moderner Typ, hinten kantig mit versenktem Verdeck. Verdeckbehälter macht den Eindruck einer Leiste mit recht breiten Ranten. Farbe: Schwarzblau, hell lackierte Räder, schwerer sechsfüßiger Tourenwagen mit mindestens 80 PS. Der angebaute Motor hatte einen auffällig ruhigen Gang, Spitzführer, verdeckt durch Haube aus schwarzem Wachsdruck, zwei Rostige, Polsterung dunkelgrün, gerippt, anscheinend Cord, Kronenräder, Verzierung verhältnismäßig neu, zwei große gelbe Messingblechwerfer und zwei kleine elektrische Laternen an beiden Seiten der Schutzscheibe, Gänge mit Schlauch und Gummiball, auf dem Trittbrett rechts Messingbehälter für die Karbidbeleuchtung.

Eine Beschreibung der Personen haben wir bereits gestern gebracht.

Von den zehn gestern in Berlin verhafteten Mitgliedern der „Organisation Consul“ sind, wie die „Dena“ erzählt, neun wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Eine Person ist jedoch in Haft belassen worden.

Es ist wichtig, auf folgende Fragen Auskunft zu erhalten:

1. Wo und von wem sind in der Zeit vor der Tat Erkundigungen über die Rathenau-Villa pp. eingebracht worden? Wie sahen die Leute aus?
2. Sind die Leute aufgefassen, die sich in der Gegend der Rathenauischen Villa zwecks Aufsuchens haben? Wann? Aussehen?
3. Wer hat das Auto und die Täter am 24. Juni 1923 in der Bismarckstraße im Grunewald, gesehen?
4. Wer hat das Auto nach der Tat in den oben genannten Straßen gesehen?
5. Kann jemand angeben, wo ein Wagen, wie beschrieben, in der Garage gestanden hat, am 24. Juni vormittags abgefahren und nicht wieder zurückgeführt ist?
6. Wer hat am 24. Juni ein so beschriebenes Auto in der Zeit zwischen 11 und 12 Uhr vormittags in die Garage zurückkommen sehen?
7. Können Angaben über die Herkunft der Mörderkappe als Wachsdruck gemacht werden? Wer hat in letzter Zeit eine solche geliefert? an wen?
8. Ist nach dem 24. Juni ein derartiges Auto zur Reparatur oder zur Veränderung des Aussehens in einer Autowerkstatt pp. oder Radiererei abgegeben worden?

Obige Belohnung ist ausgesetzt für Angaben, die zur Aufklärung des Verbrechens, zur Ermittlung und Festnahme der Täter führen.

Zweckdienliche Mitteilungen, die auf Wunsch streng vertraulich behandelt werden, sind an die Nordkommission Rathenau im Polizeipräsidium, Abteilung I A, Zimmer 252, Anruf 274 oder an die Anrufe 288, 289, 300 zu geben.

Berlin, den 25. Juni 1923.

Der Polizeipräsident
(ges. Richter.)

Die eigentlichen Mörder

Wenn man die Heuerungen der Rechtspreffe zum Mord an Rathenau liest, so kommt einem das Wort von Goethe in den Sinn: Dies Kind, kein Engel ist so rein... Bringt es doch die deutschnationale Parteileitung fertig, in ihrem Richtigsprühenblatt („Deutsche Tageszeitung“) eine Erklärung abzugeben, in der es u. a. heißt:

„Die Ehre unserer Partei und die Heiligkeit unserer Ziele macht uns zur gebieterischen Pflicht, daß wir unsere eigenen Reihen rein halten von etwaigen Elementen, die es nicht anerkennen wollen, daß unsere politische Arbeit sich nur auf verfassungsmäßiger Grundlage vollziehen kann und darf.“

Das ist doch der Gipfel demagogischer Heuchelei. Nachdem das Unglück geschehen ist, stehen diese sauberen Herrschaften wieder einmal „auf dem Boden der Verfassung“. Wir wollen ihnen aber diesmal doch ein Lichtlein aufstecken, auf daß sie nicht so leicht mit ihrem Dummensinn Erfolg haben sollen. Wir erinnern zunächst an das berühmte und sehr einflussreiche Mitglied der deutschnationalen Partei, den Reichstagsabgeordneten Walle! Der Name sagt alles dessen Gemeingefährlichkeit auch der Reichskanzler Wirth in seiner Sonntagsrede an Reichstagen zeigte.

Der zweite deutschnationale Gehauptpostel ist der Pfarrer Marenbrecher. Er brachte in seiner „Deutschen Zeitung“ vom 24. Juni (!!) in einem Artikel: Der 28. Juni, folgende direkte Aufforderung zu Mord:

„Wenn wir drei Jahre zurückzusehen, so erfährt uns nicht nur Wut und Born, es schleicht sich auch Ekel und Verachtung vor und über unser eigenes Volk ins Herz. Erst unsere Kinder, Kindeskinder und Enkelkinde werden voll und ganz erkennen, wie würdelos diese Generation war, die nicht ihr alles setzte an ihre Ehre.“

Später wird dann zur Geschichte des Friedensvertrages General Mærker zitiert, der in einem Buche darüber gesagt habe:

„Die Nationalversammlung nahm den Vertrag an und erklärte Deutschland damit für ehelos und achnungsunwürdig!“

Der Schluß des Artikels fordert auf „zum Donnerstagen der germanischen Wut und des germanischen Zornes, daß die feigen, feilsch entarteten Bestien in allen Erdteilen den furor teutonius zu spüren glauben“. Unmittelbar dem Artikel folgt ein Gedicht: „Drei Freunde“. Darin die Mahnung:

„Sät Söh in die Seelen zu werdender Saat,
Erdröset die Aeden, laßt wachsen die Tat!“

Wir könnten solcherlei Beispiele nach Belieben anführen, begnügen uns aber für heute, folgendes festzustellen: Das ist die landesübliche „Verfassungsbearbeit“ der Deutschnationalen, zu denen doch die „deutsch-völkischen Kreise“ gehören, wenn nicht gar den herrschenden Einfluß auf die deutschnationale Partei ausüben. Trotzdem hat die deutschnationale Parteileitung die freche Stirn, zu behaupten daß die Mordtat an Rathenau Anlaß gegeben hat, „um unerhörte, unbewiesene und nie beweisbare Beschuldigungen und Verleumdungen gegen unsere Partei, unsere Führer, Mitglieder (!!) und Anhänger (!!) zu schließen.“

Diese Frechheit ist aber mehr als das, sie ist eine geradezu unerhörte Herausforderung an alle, die nicht deutschnational sind und offenbar gegen den Reichskanzler Dr. Wirth gerichtet, der das nächste Opfer deutschnationaler Mörder sein soll. Sie zeigt überdies, wie ungemein gefährlich die ganze deutschnationale Scheinheiligkeit ist und wie dringend notwendig scharfe Maßnahmen gegen diese gemeingefährlichen Treiberkreise in verkürzter Form sind.

Wir fordern die größte Rücksichtslosigkeit gegen die deutschnationale „Verfassungsbearbeit“, die längst an ihren Früchten erkannt ist.

Ist das wahr?

Wenn ja, aber sofort ans räuchern!

Die „Kote Fahne“ bringt unter der Ueberschrift: Wer führt die Untersuchung gegen die Mörder Rathenau? folgende aufsehenerregende Meldung: „Wir entnehmen dem Berliner Lokalanzeiger“, daß die Abteilung Ia des Polizeipräsidiums Berlin diese Arbeit den Kriminalkommissaren Keller, Sedent, Weigel und Haslach übertragen hat. Der Kriminalkommissar Keller ist bei sämtlichen reaktionären Arbeitern als Kommunistenfresser erster Güte bekannt. Bisher hat er sich nur gegen die Kommunisten und Arbeiterorganisationen betätigt.

Der Kriminalkommissar Weigel, der alle Anschläge auf führende Persönlichkeiten sowie Drohbriebe, mit denen im öffentlichen Leben stehende Personen bedroht wurden, untersuchen soll, ist der Verbindungsmann der Abteilung Ia beim obersteichischen Selbstschutz in Breslau gewesen. Er hat dort in der Tauenhienstraße sein Büro gehabt und stand in engster Verbindung mit den Orgeschführern.

Mit der Untersuchung gegen alle reaktionären Geheimorganisationen und Verbindungen ist der Kriminalkommissar Haslach beauftragt worden. Haslach ist der Arbeiterschaft Deutschlands als Provokateur schimpflich bekannt. Im Blau-Prozess führte er leitend die Untersuchung gegen die Kommunisten, provozierte und bestach Zeugen, die gegen die Arbeiter aussagen sollten.

Kriminalkommissar Scherzer, welcher bekanntlich die Nachforschungen nach den Erzbergermördern leitete, hat ebenso wie der Kommissar Banach Hagenkammer in seinen Amtszimmern hängen und ist Vertrauensmann und Verbindungsmann der Orgesch, von dem feststeht, daß er sämtlich dem Polizeipräsidium bekannten Nachrichten, die für die Konterrevolution wichtig sind, übermittelte und sie vor stattfindenden Hausdurchsuchungen warnt.

Der Polizeipräsident und Sozialdemokrat Richter wird nicht umhin können, sofort diese Nachrichten nachzuprüfen und im Falle ihrer Richtigkeit unverzüglich mit diesem gewiß unerhörten Skandal aufzuräumen, die Orgeschfreunde einzusperrern und die Nachforschungen in andere durchaus einwandfreie Hände zu legen.

Die preussischen Regierungsmaßnahmen

Der preussische Minister Severing hat unterm 26. Juni eine Bekanntmachung über die Ausführung der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze der Republik erlassen, derzufolge die vom Reichsjustizminister Nabruch abgegebene Erklärung (die Verordnung darf nur nach rechts, nicht aber gegen die Arbeiterklasse angewendet werden) für die Durchführung der Verordnung maßgebend ist. Im einzelnen bestimmt Minister Severing folgendes:

1. Außer der Landesverwaltungsbehörde sind zu Maßnahmen nach § 1 und § 9 der Verordnung die Oberpräsidenten, für den Bezirk der Stadtgemeinde Groß-Berlin der Polizeipräsident zuständig (vgl. § 2 Absatz 1 der Verordnung).
2. Die Oberpräsidenten bzw. der Polizeipräsident in Berlin haben alle Vorkerkungen zu treffen, die zu ihrer rechtzeitigen Unterrichtung über Versammlungen, Aufzüge und Kundgebungen von Vereinen und Vereinigungen der in § 1 der Verordnung bezeichneten Art, sowie über gemäß § 9 der Verordnung ergehende Gerichtsbeschlüsse erforderlich sind.
3. Von jedem Verbot auf Grund des § 9 der Verordnung ist mir Anzeige zu machen; soll von einem Verbot Abstand genommen werden, so bedarf es meiner Einwilligung.
4. Es ist darauf hinzuwirken, daß die Beschwerden nach §§ 8 und 9 gleichzeitig in einem zweiten Stück dem Oberpräsidenten bzw. dem Polizeipräsidenten in Berlin, gegen dessen Verbot sich die Beschwerde richtet, eingereicht werden. Der Oberpräsident bzw. der Polizeipräsident in Berlin hat die Beschwerde mit seiner Stellungnahme beschleunigt an mich weiterzuleiten.

Im Anschluß an die vorstehende Bekanntmachung verbietet Minister Severing bis auf weiteres alle Regimentsfeiern und andere Versammlungen von Angehörigen ehemaliger Truppenteile, ferner die für den 28. Juni geplanten Veranstaltungen zur Erörterung der Annahme des Friedensvertrages und der damit zusammenhängenden Fragen.

Trauerfeiern in Schulen

Auf Beschluß des Thüringischen Staatsministeriums sind am Mittwoch, den 28. Juni in allen öffentlichen Schulen Thüringens würdige Trauerfeiern für den ermordeten Reichsminister Dr. Rathenau zu veranstalten.

Auch die preussische Regierung hat einen solchen Erlass herausgegeben.

Die Lehrer gegen die Reaktion

Die Freie Lehrgewerkschaft Deutschlands gibt anlässlich des Mordmordes an Rathenau ihre Ueberzeugung kund, daß die Stunde da ist, um die unbedingte Sicherstellung der Republik zu fordern.

Sie fordert im Verein mit allen proletarisch Denkenden die Regierung auf, gegen die wachsende Reaktion und gegen die schamlose Verwahrlosung der breitesten Volksschichten die Notwendigkeit der Volksbewehrung zu veranlassen. Das Volk soll sagen, ob es sich die Drohung der Konterrevolution noch länger gefallen lassen will.

Sie fordert vor allem die Säuberung der Schulen und Schulbehörden von den antirepublikanischen Elementen, in erster Linie die Befreiung des preussischen Kultusministers, der sich offen zum Monarchismus bekannt hat.

Sie fordert, daß an dem Tage, wo die Arbeiterklasse die Arbeit ruhen läßt, sämtliche Schulen geschlossen werden, um in der Jugend die Empörung gegen den frevelhaften Anschlag auf die Republik und den Willen zu ihrer Verteidigung zu wecken.

Die Ortsgruppe Berlin der Freien Lehrgewerkschaft hat in ihrer Generalversammlung am Sonnabend einhimmig beschlossen, der Generalkonferenz der Freien Gewerkschaften Folge zu leisten.

Dr. Wirth vorläufig Außenminister

(WZB) Berlin, 26. Juni.

Der Reichspräsident hat den Reichskanzler Dr. Wirth bis auf weiteres mit der Wahrnehmung der Amtsgeschäfte als Reichsminister des Auswärtigen beauftragt.

Eine Extrawurft für Bayern?

Wie bei der früheren Verordnung des Reichspräsidenten nach dem Mordmord an Erzberger, so ersehen auch jetzt wieder den Mordmördern an Rathenau in Bayern besorgte Freunde. Denn es liegt die Gefahr vor, daß möglicherweise die Verschwörerzentrale in München ausgedehnt und ausgedehnter wird. Nur von diesem Gesichtspunkt aus ist es zu verstehen, wenn die Landtagsfraktion der Bayerischen Volkspartei im Landtag eine Interpellation eingebracht hat, in der zu der vom Reichspräsidenten erlassenen Verordnung zum Schutze der Republik vom 24. Juni Stellung genommen wird, und in der die schärfsten Bedenken gegen diese tief in die Hoheitsrechte der einzelnen Länder eingreifenden Bestimmungen geltend gemacht werden.

In Verbindung damit verdient vermerkt zu werden, daß die bayerische Gesandtschaft als einzige unter den diplomatischen Vertretungen der Länder es nicht für nötig gefunden hat, als Zeichen der Trauer um den Minister Rathenau die Flagge auf Halbmast zu hissen, im Gegensatz zu allen übrigen Regierungsbehörden, und selbst den ausländischen diplomatischen Vertretungen.

Geheimnisvolle Telephonanrufe

Vor der Ermordung Rathenau ist wiederholt in dessen Villa von unbekannter Seite telephonisch angereufen und nach dem Minister gefragt worden. Zweifellos handelte es sich dabei um Erkundigungen um den jeweiligen Aufenthalt des Ministers. Ferner sind auch andere linksgerichtete Politiker in der gleichen Weise behelligt, so Hellmuth von Gerlach und unser Genosse Adolph Hoffmann. Es liegt angedeutet der verschiedenen Drohbriebe, die Hellmuth von Gerlach erhalten hat, die Vermutung vor, daß auch ihm das Schicksal Rathenau bereitet werden soll.

Die Chemnitzer Arbeiterschaft an die Reichsregierung

Die Vertreter der drei Arbeiterparteien und der freigezwirtschaftlichen Organisationen des Chemnitzer Industriebezirks haben heute an die Reichsregierung folgendes Telegramm abgesandt:

Reichsregierung, Berlin.

Sämtliche politischen und freigezwirtschaftlichen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen des Chemnitzer Industriebezirks fordern von der Reichsregierung unverzügliche Durchführung folgender Maßnahmen:
Sofortige Amnestie für die proletarischen Kämpfer, sofortiger Rücktritt Seifers, Entsetzung des Generals Seckit sowie aller offener und verkappter Monarchisten aus Reichswehr und Verwaltungsbürokratie. Schnellste Republikanisierung der Militär- und Polizeimacht. Durchführung der angekündigten und getroffenen Maßnahmen gegen Antirepublikaner, sofortige Auflösung des Reichstages.

ges.: SPD, USPD, KPD, DDB, Abund des Industriebezirks Chemnitz.

Wie die „amtlichen“ Kreisblätter gegen Rathenau hehen!

Dass die Organe der Herren Knäppel-Lunze, Wulle und Maurenbrecher systematisch Propaganda gegen Rathenau trieben, hat den nicht wunder genommen, der weiß, daß dieses schändliche Treiben zu ihrem Geschäft gehört. Ein Skandal sondergleichen ist es aber, daß die amtlichen Kreisblätter, also jene demissionarische Presse die nur durch die Subvention des republikanischen Staates am Leben erhalten wird, in der Beschimpfung Rathenaus und in der wüsten Hege gegen ihn mit den großen Brüdern in Berlin geradezu weiteiferten. So wurde der Außenminister bei seiner Ernennung vom „Rabburger Volksboten“, dem amtlichen Publikationsorgan für den Bezirk Rabburg, wie folgt bearbeitet:

„Nur die allerdümmsten Kälber wählen ihre Regier selber!“

Rabburg, 9. Februar 1922.

Wer hat Rathenau zum Außenminister gemacht? Seine Korruption, O. G. B. E. r. l. seines Stammes der L., den leute die Sattlergenossen aus der Gewerkschaft rausgeschmissen haben? Nein, Herr Dr. W. i. r. t. h., des Deutschen Reiches großer Kanzler? Nein, horcht, ihr Republikaner: Rathenau machte sich selbst zum Minister. Ist auch weit einfacher; er stellte ein Ultimatum: Entweder — oder, friß Vogel oder stirb. Rathenau ist gewiß ein fähiger Mann, er manöviert perfekt Englisch und Französisch, aber er ist der Abkommandierte der großen G. m. b. H. der goldenen Internationalen. In Rathenaus Adern rollt kein artliches Blut. Er hat es selbst stolz von sich bekannt und darum dürfen auch wir es schreiben: „Ich bin ein Jude!“

Rathenau ist der Organisator der Zwangswirtschaft. „Leut“, wagt ihr noch, wie ihr um Fleisch und Brot, um a Pschl Schlauwint stundenlang angehenden seid? Das hat mit seinem Können Rathenau getan!

Demokratie! Nein, glatter Schwindel! Gewiß haben wir unsere Vertreter gewählt, aber die haben ja nichts zu sagen als mäh, mäh — und hernach bäh bäh. An Stelle der von Gottes Gnaden thronen die von Judas Gnaden. Rathenau braucht bloß mehr ael rüni zu werden zum Kaiser Reubenslands.

Die „Emdener Zeitung“ (Kreisblatt für den Landkreis Emden, Distriktisches Volksblatt für nationale Politik) schrieb laut V. P. N. am 25. April d. J. unter dem Titel „Die 39“ folgendes:

„In Genua befinden sich unter den deutschen Delegierten zur Konferenz 39 Juden. 39 Juden vertreten und Deutsche in Genua. Der Nichtjude oder Jude, der heute am Reichskanzlerstuhl sitzt, der Zentrumsmann Dr. Wirt hat sie hingeschickt.

Oder haben die 39 Juden ihn mitgenommen? Ist er nur der Gesandte der Juden und die Juden die Auftraggeber? Wer ist da voll und ganz im Wilde.

Und wieder einmal verkauft Judas ein Volk und verrät es, aber nicht für 30 Silberlinge.

Die 39 sind das Symbol der Deutschen Regierung, sie sind eine Musterfälschung des republikanischen Systems nach Genua. Und ist dieses Regime jüdisch, und das ist es, dann ist es doch richtig so, daß man auch die 39 als die Vertreter dieses Regimes nach Genua schickt.

Diese 39 in Genua kosten uns zwar einige Millionen Mark, aber das sind sie uns wert. Wahrscheinlich kosten sie uns noch viele Milliarden: dazu: ersichtl. jedoch für alle Nichtblinden ist die Tatsache: daß wir unter dem jüdischen Wanda Rathenau und seiner Wirtshaus beschnittenen Gesellschaft in Genua alles zu erwarten haben, was uns Deutschen Schaden, den Juden aber Ruhm bringt. Die „Neumarkter Zeitung“ in Neumarkt (Schlesien), amtliches Publikationsorgan für Stadt und Land schreibt in ihrer Ausgabe vom 11. Juni 1922:

„Deutschland braucht einen führenden Staatsmann und einen Vertreter seiner Geschäfte in außenpolitischer Beziehung, und aus diesem Grunde dürfte der Posten eines Reichsaußenministers nur einem Deutschen gehören. Dr. Rathenau vertritt seinem Lebensprogramm nach das Müßiggang, dargestellt durch die Dohlninanz. Im Rahmen dieses Programms ist Deutschland nur Objekt. Die feindlichen Staaten aber sind befreundet und das deutsche Volk läßt es sich gefallen.“

Eines tragischen Beispiels entbehrt es heute nicht, wenn das Blatt den offenen Brief Rathenaus an den Obersten Hause im Dezember 1918, in dem es heißt: „Mein Leben ist vollbracht, für mich erhoffe und fürchte ich nichts mehr“ mit den höhnischen Worten abtut: „Heute lebt er noch in schöner Frische, ist deutscher Außenminister geworden.“

Wann endlich wird die Regierung der deutschen Republik mit dem Unwesen der amtlichen Kreisblätter, die für die Republik heute nichts anderes als Selbstbesudelungsorgane sind, aufhören?

Wenn man Regierungsverordnungen unterstützt

In der Zelterstraße 9 fand gestern Abend eine Versammlung des Bismarckbundes statt. Angehörige der Jugendorganisationen der linksstehenden Parteien hörten von dieser Versammlung. Sie wurden angegriffen, wobei einige Fensterhebeln zertrümmert wurden. Nach Aussagen von Passanten waren diese jungen Leute im Besitz von Pistolen. Das Ueberfallkommando der Schutzpolizei war außerordentlich rasch zur Stelle und verhaftete fünf Mitglieder der kommunistischen Jugend. Ob die Mitglieder des Bismarckbundes bewaffnet waren oder nicht und zu welchem Zwecke sie zusammengekommen waren, darum kümmerte sich das Ueberfallkommando der Schutzpolizei nicht. Das Ueberfallkommando gab sich mit der Auskunft zufrieden, daß nicht eine Versammlung des Bismarckbundes, sondern ein Übungsabend des Bismarckchores stattfinden sollte.

Dieser Gehler

Der Reichswehrminister Gehler nennt sich Demokrat; er behauptet auch, Republikaner zu sein. Wenn Demokratie gleichbedeutend wäre mit Jammerei, Watschappigkeit und Väterlichkeit — in Deutschland scheint es, soweit die demokratische Partei in Betracht kommt, so zu sein — dann allerdings ist Gehler ein Demokrat. Und wenn republikanische Meinung gleichbedeutend wäre mit der Förderung und Unterstützung antirepublikanischer Demonstrationen, wenn der Chef einer republikanischen Einrichtung die Aufgabe hätte, darüber zu wachen, daß diese Einrichtung der Unterminierung der Republik dient und daß die von der Republik bezahlten Offiziere und Mannschaften als Staffage bei monar-

chistischen Rundgebungen mißbraucht werden, dann allerdings ist Gehler auch Republikaner.

Dieser Gehler, der das Stehaufmännchen antirepublikanischer Generale ist, besitzt obenrein die Frechheit, ausgerechnet am Sonntag, das ist am Tage nach der Ermordung Rathenaus, in einer Zeitschrift an das „Berliner Tageblatt“, das vorgebrachte Material gegen das antirepublikanische Treiben der Reichswehr als nicht existierend zu bezeichnen.

Solange dieses Stehaufmännchen Gehler im Reichskabinet sitzt, darf sich die Regierung nicht wundern, wenn die Republikaner und wenn namentlich die Arbeiterschaft nicht eher an einen wirklichen Abwehrkampf gegen die Reaktion glauben, als bis Gehler aus dem Reichswehrministerium entfernt ist. Heute noch muß dieser sogenannte republikanische Reichswehrminister von seinem Posten entfernt werden.

Gehlers Stellung schwer erschüttert.

In parlamentarischen Kreisen gilt allgemein die Position des Reichswehrministers Dr. Gehler durch die letzten politischen Ereignisse als schwer erschüttert. Da Reichswehrminister Gehler, wie die „Dena“ hört, außerdem im Augenblick sich in einem Gesundheitszustand befindet der die Wahrnehmung seines Amtes sehr erschwert, so muß mit seinem baldigen Rücktritt gerechnet werden. Die Schwierigkeiten liegen lediglich in der Wahl des Nachfolgers.

Kanzler werde hart!

In einer an den Reichskanzler gerichteten Depesche, die sich auf den Nord an Rathenau bezieht, konstatiert die Regierung des Freistaates Sachsen:

Die Regierung des Freistaates Sachsen ist mit dem Herrn Reichskanzler der Meinung, daß es sich bei dem Nordanschlag um einen besonders angelegten organisierten Plan handelt, der von den nationalitätlich-monarchistischen Parteien begünstigt worden ist. Sie spricht die Erwartung aus, daß die Reichsregierung alles tun wird, um neue Nordanschläge zu vereiteln und glaubt, daß bei aller Wahrung der Meinungsfreiheit doch alles getan werden muß, um der nationalitätlichen Gefahr Einhalt zu tun und die geheimen oder offenen staatsfeindlichen Organisationen zu unterdrücken. Die Regierung des Freistaates Sachsen hat von sich aus bereits alle vorbereitenden Maßnahmen getroffen und ist bereit, die Reichsregierung in ihrem Kampf gegen die konterrevolutionären Bestrebungen mit Hilfe der Arbeiterschaft zu unterstützen. Sie spricht der Reichsregierung die herzlichste Teilnahme an dem erlittenen schweren Verlust aus und bittet dies auch der Familie Rathenau zu übermitteln.

Zur Einstellung des Eisenbahnverkehrs

Mit Rücksicht darauf, daß die Trauerfeier für den ermordeten Minister Rathenau auf den 27. Juni, nachmittags 12 Uhr, festgesetzt ist, wurde der Verkehr der drei Eisenbahnerverbände (D.E.V., Reichsgewerkschaft und A.E.V.) dahin abgeändert, daß die

Arbeitsruhe im Zugverkehr und in den Betriebswerkstätten von 12 bis 12 Uhr 5 Minuten

haltfindet. Das Reichsverkehrsministerium hat unter der Voraussetzung, daß mit Ausnahme der Zeit zwischen 12 und 12 Uhr 5 Minuten der Betrieb aufrechterhalten werden, alles abkömmliche Personal unter Fortzahlung des Gehaltes oder Lohnes ab 2 Uhr zur Laubt. Die entsprechenden telegraphischen Anweisungen sind ergangen.

Das Reichspostministerium hat ebenfalls seine ursprünglichen Anordnungen geändert und die völlige Stilllegung des Postverkehrs auf 12 Uhr festgesetzt. Es soll aber bei 10 Minuten Dienstunterbrechung bleiben.

Absperremaßnahmen der Schutzpolizei

Die Pressestelle des Polizeipräsidenten teilt mit: „Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung während der morgigen Beisetzungsfeier des Reichsaußenministers Dr. Rathenau sind von der Schutzpolizei besondere Maßnahmen getroffen worden. Zum Schutze der Feierlichkeiten im Reichstag wird der Bannkreis ab 11 Uhr vormittags besetzt. Der Wahrenburghausverkehr wird von 11 Uhr ab um den Antoniaplatz herumgeleitet. Die Haltestelle der Straßenbahn in der Sommerstraße wird nach der Haltestelle an der Charlottenburger Chaussee in Höhe des Kaiser-Friedrich-Denkmal verlegt. Am Anschlag an die Feierlichkeiten im Reichstag findet die Ueberführung der Leiche im Leichenkraftwagen nach der Beerdigungshalle in Oberdönhofsstraße statt. Der Leichenzug wird durch Perlenwagen der Schutzpolizei auf der ganzen Strecke begleitet werden. Ferner wird die Freihaltung des ganzen Weges des Leichenzuges durch Streifen und Positionierungen der Schutzpolizei in den betreffenden Straßen sichergestellt werden. Es darf erwartet werden, daß das Publikum durch eine dem Anlaß entsprechende Zurückhaltung die Maßnahmen der Polizei nach Möglichkeit unterstützt.“

Gute Zeiten für Waffenschieber!

Von einem Genossen, der sich am Sannabend in Jützeberg aufstellt, wird uns berichtet: Als ich die Nachricht von der am Dienstag in Berlin erfolgten Verhaftung eines ehemaligen Oberleutnants Deutscher las, der ein Jüterbogger Waffenlager an den Mann bringen wollte, aber hierbei zufällig an einen Kriminalbeamten geriet, war mein erster Gedanke, daß dem Manne nicht allzuviel passieren würde. Bei der Praxis der deutschen Justiz ist ein derartiger Pessimismus auch durchaus am Platze. Ich war deshalb gar nicht erstaunt, gelegentlich eines Besuchs bei Jüterbogger Verwandten, die im gleichen Hause, wie der Herr Oberleutnant a. D. wohnt, dem Deutschen bereits am Sonnabend wieder freigeschickelt auf freiem Fuße zu finden. Der Mann hat Glück! Ob wohl ein Arbeiter im gleichen Falle nach drei Tagen ebenfalls entlassen worden wäre, weil „kein Fluchtverdacht“ oder „keine Beweise“ vorliegen? Unsere Justiz ist wirklich rührend bemüht, ihre rechtsbolschewistischen Freunde angesichts des kommenden Dittsche nur ja nicht zu behindern! Auf sofortige persönliche Anfrage beim Landrat des Kreises Jüterbog-Ludowalde, Herrn Dr. Puthmer, erhielt ich die Auskunft, daß ich nicht erkannt worden sein könnte, wie er, da der ehemalige Oberleutnant Deutscher die Freiheit befehlen habe, sich ihm bereits als entlassen vorzustellen und hierbei in herausfordernder Weise geäußert hätte, er werde den Landrat wegen der unbedeutenden Hauszahlung verklagen. In dieser Weise werden die Beamten der Republik in ihren Maßnahmen vom reaktionären Richteramt behindert. Die Zustände in dieser Beziehung sind

schon derart haneflächen, daß mir der zweifellos von heilem Willen besetzte Landrat abschließend erklärte, eine Verhaftung des Volketeppichters, bei dem die Waffen gelagert hätten, sei vollkommen zwecklos, da er bestimmt vom zukünftigen Amtsbrieger wieder auf freiem Fuße gesetzt würde mit der Begründung, daß Fluchtverdacht nicht bestehe! Will die Republik jetzt, nach der Ermordung eines ihrer Minister, weiterhin ihre Beamten durch fernere unverantwortliche Duldbarkeit noch nutzloser machen, als sie es schon sind?

4 Jahre Gefängnis für die demokratische Republik

In Erfurt wurde am Tage der Ermordung Rathenaus nach dreitägiger Verhandlung vor dem Schwurgericht ein Urteil gegen vier Arbeiter von insgesamt vier Jahren Gefängnis verhängt. Die Anklage lautete auf schweren Landfriedensbruch bei drei und auf einfachen Landfriedensbruch bei einem der Angeklagten. Erhoben wurde die Anklage auf Grund von Vorgängen am 1. und 2. Oktober 1921. Der Erfurter Stahlhelm hatte zu einer Demonstration aufgefördert, kurz nach dem Morde an Erzberger. Die drei sozialistischen Parteien forderten zu Gegendemonstrationen auf. Da dem „Stahlhelm“ seine öffentliche Demonstration angeblich nicht genehmigt wurde, verlegte er seine Veranstaltung nach dem „Rheinischen Hof“. Als die Arbeiter an diesem Lokal vorbeikamen, wurde unter höhnischen Zurufen mit Revolvern und Gummiknütteln gedroht. Ein Teil der Demonstranten ließ sich provozieren und ging in das Lokal, wo es zu Zusammenstößen kam. Dabei wurden dem „Stahlhelm“ eine Anzahl Gummiknüttel, ein Revolver und Revolver abgenommen. Die Polizei war zugegen und hat versucht, demütigend zu wirken. Während der ganzen Verhandlung konnte, trotzdem fast alle Belastungszeugen dem Stahlhelm angehörten, kein Beweis ernsthafter Verletzung der „Stahlhelmsleute“ erbracht werden. Die Entlassungszeugen wurden nicht befragt, weil sie nach Ansicht des Gerichts der Teilnahme verdächtig waren. Die Verletzung des „Stahlhelm“ legte großen Wert auf den Nachweis, daß sie den gesetzlichen Boden bei ihren Veranstaltungen nicht verlassen hätten. Der Oberstaatsanwalt griff in seiner Anklagerede dies auf und präsidierte die Leute des „Stahlhelm“ als die harmlosesten Menschen. Die Geschworenen bejahen mildernde Umstände. Der Gerichtshof ging über die vom Oberstaatsanwalt beantragte Strafe hinaus und verhängte über zwei der Angeklagten anstatt je 1 Jahr, 1 Jahr und 3 Monate, über den dritten 1 Jahr und über den vierten 6 Monate Gefängnis. In der Begründung folgte der Landgerichtspräsident Dr. Siebert: Wir leben in einer demokratischen Republik, wo gleiches Recht für alle herrscht. Das macht für die Arbeiterschaft das Urteil verhänglich.

Getreideumlage und Brotpreis

OB. In dem Kampf um die Getreideumlage wird von seiten einflussreicher Vertreter der bürgerlichen Parteien ein neuer Trick ausgedacht, um die Vorklage zu Fall zu bringen: Der Hinweis, daß die Differenz zwischen Umlagepreis und Weltmarktpreis doch nur so gering sein könne, daß die Umlage die Milliardenausgaben verursache, keinen Zweck und Sinn mehr hätte. So erklärt Herr Staatsminister a. D. Georg Götze (S.-Uhr-Abendblatt, 20. Juni), daß der Unterschied zwischen Umlagepreis und Weltmarktpreis höchstens 100 M. auf den Zentner betragen könne, vielleicht würde er nur zu 50 M. bemessen werden. Woher weiß dies Herr Götze? D. h. eigentlich muß er es ja wissen. Ist aber dies der Fall, so wäre die ganze Umlage der ungeheuerlichen Volksbetrug und es wäre wirklich unfähig, wenn die SPD. zu einem solchen Schwindel die Hand bieten wollte. Denn der Weltmarktpreis von Roggen beträgt z. B. (erste Hälfte Juni) 600 M. für den Zentner. Werden nun 2 1/2 Millionen Tonnen = 50 Millionen Zentner zu 600 — 50 = 550 M. erworben, so würde die Differenz kaum mehr als die Kosten des Verwaltungsapparates decken: müssen weitere 2 Millionen Tonnen Brotgetreide auf dem freien Markt erworben werden, so würden sich die Brotkosten vielleicht gar um ein paar Prozent höher stellen, als bei völlig freiem Verkehr. Für den aufrichtigen Sozialisten kann es keine Frage sein, daß für das Umlagegetreide höchstens die Hälfte des Weltmarktpreises bezahlt werden darf. In solchem Falle würde nämlich das Brot sich auf rund 70% vom Weltmarktpreis stellen (im Falle 2 1/2 Millionen Tonnen zum halben, 2 Millionen Tonnen zum vollen Weltmarktpreis gekauft werden). Würde ein Umlagepreis von 300 M. für den Zentner ein so „juridisches Unrecht“ gegen die Landwirtschaft sein? Gewiß, scheinbar kommt eine gewaltige Differenz heraus. 300 M. für den Zentner macht für 50 Millionen Zentner ganze 15 Milliarden Mark, um welchen Betrag sich der Brotpreis für die Verbraucherbildung von rund 45 Millionen Köpfen verbilligen würde. Es entfielen auf die fünfköpfige Familie ein Betrag von rund 1600 M. jährlich. Ist nun aber die Steuer von 15 Milliarden Papiermark für die Landwirtschaft unerschwinglich? Man bedenke, daß zehn Milliarden Papiermark beim Dollarkurs von 320 M. nur rund knapp 200 Millionen Goldmark ausmachen. Die deutsche Landwirtschaft war vor dem Kriege mit mindestens 25 Milliarden Goldmark verschuldet, für die sie rund eine Milliarde Goldmark Zinsen zu zahlen hatte. Die Hypothekenschulden und deren Zinsen hat sie um ein Butterbrot, mit 1/10 bis höchstens einigen Prozent abgezinst. Und da soll sie nicht den fünften Teil von den früheren Hypothekenzinsen in Form von verbilligtem Umlagegetreide bezahlen können? Das wäre in der Tat lächerlich. Die inneren Marktpreise stehen heute nicht mehr unter dem Weltmarktpreis, sie sind, in Gold umgerechnet, nicht niedriger als die Vorkriegspreise. Die Arbeitslöhne? Die sind hoch, in Gold gerechnet, ganz erheblich niedriger, als die Vorkriegslöhne. Selbst wenn der von den Agrariern behauptete Rückgang der Intensität der Arbeit um 1/4 bis 1/5 zuträfe, so wären noch immer die heutigen tatsächlichen Löhne niedriger als die Löhne vor dem Kriege.

Loth als Angeklagter. Am Donnerstag, den 29. Juni, gelangt vor der vierten Strafkammer des Landgerichts II die Verleumdungsklage des unabhängigen Reichstagsabgeordneten Dr. Breitscheid gegen den jetzigen Generalsekretär der Deutschen Volkspartei, Emil Loth, zur Verhandlung. Loth hatte Dr. Breitscheid Vaterlandsverrat und Väterlichkeit vorgeworfen, was die Erhebung der öffentlichen Anklage gegen ihn zur Folge hatte. Breitscheid ist als Nebenkläger angeklagt.

Druckfehler-Berichtigung. In unserer Wiedergabe der Rede des Genossen Moienfeld (aktuelle Freiheit, 1. Seite) sind es nicht heißen, die monarchistischen Offiziere sollen ihrer Rechte entbunden werden, sondern ihres Postens.

Der Gewerkschaftskongress in Leipzig

Die Schlußsitzung.

Eigenbericht der „Freiheit“.

Leipzig, 24. Juni (verspätet).

An erregten Zwischenfällen hat es auf der gestern zu Ende gegangenen Tagung fürwahr nicht gefehlt, aber am Schlußtage klappten sich diese noch ganz besonders.

Mit stürmischer Entrüstung wurde die Nachricht von der Ermordung Rathenaus aufgenommen und mit Einmütigkeit ein Aufruf an die deutsche Arbeiterschaft beschloffen.

Am Laufe des Vormittags wurde auch die namentliche Abstimmung über die Resolution zur Schaffung von Industrieverbänden vorgenommen. Sie ergab eine überwältigende Mehrheit zugunsten der Industrieverbände. Zu diesem Ergebnis hat nicht zuletzt der von Dikmann mit meisterlichem Geschick geführte Nachweis für die zwingende Notwendigkeit der neuen gewerkschaftlichen Organisationsform beigetragen. Mit diesem Referat hob der Genosse Dikmann den Kongress auf eine Höhe, wie sie der Kongress selten besaß und zeigte sich als ein mit scharfem Blick in die Zukunft schauender Führer.

Die Ablehnung der Arbeitsgemeinschaften durch die Kongressmehrheit hat dem Bundesvorstand arge Verlegenheit bereitet. Zunächst wollte er dieses Ergebnis als einen Vertrauensentzug deuten und die Kabinettfrage stellen. Das war ein um so größerer Unfuss als ja noch der Punkt „Wiederwahl des Bundesvorstandes“ seiner Erledigung harrte. Schließlich setzte sich doch der gesunde Menschenverstand bei dem Bundesvorstand durch und er sah von der Stellung der Kabinettfrage ab.

Die darauf erfolgte Wahl des Bundesvorstandes ergab denn auch die unveränderte Wiedereinsetzung des alten Vorstandes. Gegenkandidaten waren von der Opposition nicht aufgestellt. 152 Delegierte hatten weiße Zettel abgegeben.

Offenbar um die verlorene Stellung der Rechtssozialisten auf dem Kongress noch im letzten Moment zu retten, versuchte Bissell der USP-Fraktion im Reichstag die Einbringung des Gesetz-Entwurfes über die Sachwertersfassung als einen großen Vertrauensbruch anzukreiden. Ihm wurde jedoch sofort durch den Genossen Dikmann der wahre Sachverhalt gegenübergestellt und der Nachweis gebracht, daß die USP-Fraktion ihren Antrag erst im Reichstag einbrachte, nachdem der wiederholte Versuch zu einem gemeinsamen Vorgehen mit der Fraktion der SPD, von deren Vorstand abgelehnt worden war. Die Tendenz dieses Vorstoßes von Bissell ist schon dadurch gekennzeichnet, daß er erst am Schluß der Tagung in einer Erklärung diese Vorwürfe erhob und zwar zu einer Stunde, die ein geschäftsordnungsmäßiges Eingehen verbot.

Eine peinliche Situation für die Bundesleitung ergab sich noch zum Schluß der Tagung durch die gemeinsame Erklärung der Delegierten des Saargebietes. Diese bezeichnet die im Bundesvorstandsbericht enthaltene Darstellung über die Lage im Saargebiet als den Tatsachen widersprechend und einseitig tendenziös gehalten.

In einem bemerkenswerten Schlußwort würdigte der Vorsitzende Paeplow die Arbeiten des Kongresses und richtete die Mahnung an die Delegierten, ungeachtet der ausgeprägten Meinungsverschiedenheiten mit neuem Eifer die Arbeiten für die Bewegung wieder aufzunehmen. Dabei fand Paeplow auch sehr treffende und Beachtung heischende Worte für die Arbeiterschaft Russlands. Er erkannte ausdrücklich deren Verdienste um die Förderung der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung an und richtete an sie den Ruf, bald den Weg zur Eingliederung in die Reihen ihrer Arbeitsbrüder im internationalen Gewerkschaftsbund zu finden.

Um 5 Uhr wurde die Tagung als geschlossen erklärt. (Wir werden den ausführlichen Bericht morgen folgen lassen.)

Das Abstimmungsergebnis über die Resolution, die die Schaffung von Industrieverbänden fordert, hatte folgendes Ergebnis: Es stimmten mit Ja 465 Delegierte, die zusammen 4851185 Mitglieder vertreten, mit Nein: 163 Delegierte, die 1925972 Mitglieder vertreten. Es schieden 14 Delegierte, die 158226 Mitglieder vertreten, der Stimme enthielten sich die 48 Delegierten des Landarbeitersverbandes, die insgesamt 696414 Mitglieder vertreten.

Der Gewerkschaftskongress zum Kampf um die 48-Stunden-Woche in der Textilindustrie.

Der 11. Gewerkschaftskongress in Leipzig nahm zum bevorstehenden Kampf in der Textilindustrie einstimmig folgende Entschliessung an:

„Der Gewerkschaftskongress empfindet es als Herausforderung der gesamten organisierten Arbeiterschaft, wenn die Textilindustriellen ihren zahlreichen Arbeitern und Arbeiterinnen, vor allem den Hunderttausenden Frauen und Müttern, die seit mehr als drei Jahren durch Vertrag generell 48-stündige Arbeitswoche nehmen wollen.“

Der Kongress erklärt, daß einerseits der Achtstundentag, verbunden mit den freien Sonnabendnachmittagen die Wiederaufrichtung der deutschen Textilindustrie nach der im Kriege vorgenommenen Zerstörung außerordentlich gefördert und ihre Rentabilität zu beeinträchtigen nicht vermocht hat, daß aber gleichzeitig in der Beibehaltung der auf dieser Grundlage vereinbarten Arbeitswoche die Gesundheit der beschäftigten Frauen, Mädchen und Mütter, sowie der heranwachsenden Generation einigermaßen garantiert ist.

Der Kongress spricht deshalb den zur Abwehr des Unternehmerangriffes bereitgestellten Textilarbeitern nicht nur seine warmste Sympathie aus, er erwartet auch, daß die Gesamtarbeiterschaft, den um die Erhaltung der 48-Stundenwoche in den Kampf gedrängten Arbeitern der Textilindustrie gegebenenfalls weitgehendste materielle und moralische Unterstützung zu leisten.“

Es wird das vom Bundesvorstand und Ausschuss vorgeschlagene Streikreglement

zur Debatte gestellt.

Schumann, Transportarbeiter: Die größten Schwierigkeiten ergaben in der Vorverhandlung die Bestimmungen im Abschnitt über Streiks in gemeinsamen Betrieben. Schließlich sei eine Fassung gefunden worden, mit der die beteiligten Organisationen sich einverstanden erklärten. Er bittet daher um Zustimmung zur Vorlage.

Lagodzinski, Staats- und Gemeindefahrer: Viele Vorgänge der Vergangenheit, insbesondere in Berlin, sind fast durchweg falsch dargestellt worden. Durch das Beispiel des Vorgehens der Heizer und Maschinisten weiß er die Notwendigkeit nach, daß sich die bei einem Streik beteiligten Gewerkschaften mit der führenden Organisation ins Benehmen legen. Der Vorschlag des Bundesvorstandes enthält Gefahren für die Führung des Kampfes. Die Verzögerungen, die daraus entstehen, führen zu außerordentlichen Nachteilen für die Arbeiter.

Ortmann, Transportarbeiter: Gerade unserer Organisation gegenüber ist die Technische Nothilfe am häufigsten eingeleitet worden. Es liegt uns Tatsachenmaterial vor, das beweist, daß sie eine Streikbrechergarde ist. Von deutscher Seite ist ein Arbeitsnachweis als Ergänzung der Nothilfe eingerichtet. Diese Umstände geben erst Veranlassung zu der vorliegenden Vorlage.

Orlapp, Gemeindefahrer: wendet sich gegen Absatz 3 der Richtlinien. Wenn diese Richtlinien zur Annahme gelangen, dann würde die Praxis über sie hinwegschreiten. Die gegnerischen Organisationen würden sie gegen uns ausnützen. Sie haben vorgestern in namentlicher Abstimmung

die Anwendung aller gewerkschaftlichen Mittel zur Verhinderung der Schlichtungsordnung abgelehnt. — Krönen Sie dieses Vorgehen durch die Annahme des vorliegenden Reglements, dann werden Sie im Lande dranhin auf den heftigsten Widerstand stoßen.

In diesem Augenblick macht der Vorsitzende Paeplow Mitteilung von der am Vormittag erfolgten

Ermordung des Innenministers Rathenau.

Der Kongress nimmt diese Nachricht mit stürmischer Entrüstung auf.

Walther (SPD.) weist auf die politische Bedeutung dieses neuen Attentats hin und legt dem Kongress eine Entschliessung vor.

Dikmann erklärt, daß der Mord an Rathenau nur ein neues Glied in der langen Kette von Mordanschlägen sei. Erst mordet man die Vertreter des Proletariats und dann ging es über die Köpfe des Proletariats hinaus. Ich fordere den Kongress auf, eine gewaltige und massenhafte Kundgebung gegen die Reaktion zu veranstalten.

In Fortsetzung der Debatte über das Streikreglement werden von Paeplow sowie Genossen Dikmann Erklärungen abgegeben, wonach die Vorlage abgelehnt wird. Dieser Ablehnung schließen sich an, die Gemeindefahrer und hernach auch die Holzarbeiter und der Verband der Banarbeiter.

Leipzig erklärt hierauf: Die vorgelegten Regeln sind einwandfrei auf Grund von Beschwerden einzelner Verbände. Wir glauben dabei besonders den Forderungen des Metallarbeiter-Verbandes Rechnung zu tragen und waren daher nicht wenig erfreut, als gerade von dieser Seite in der Kommission Einwendungen erhoben wurden. Ich fordere den Kongress auf, die vorgelegten Regeln anzunehmen.

Dikmann: Was uns hier vorgelegt wird, ist das Gegenteil von dem, was unsere Forderungen und von der Ursache unserer Beschwerden. Ich habe festgestellt, daß im Bundesauschuss sowohl Genosse Reichelt wie ich sich gegen diese Regeln gewandt haben.

Grafmann (Bundesvorstand), weist die Behauptung, daß man auf die arden Verbände keine Rücksicht genommen habe, zurück.

Reichelt wendet sich gegen die Behauptung, die Hälfte der Vertretung des Metallarbeiter-Verbandes habe für die andere gegen die Regeln gestimmt.

Simon bittet um Rückverweisung der Vorlage an den Bundesauschuss.

Dem Antrag wird entsprochen.

In der Abstimmung wird alsdann folgender Antrag der Transportarbeiter von Berlin einstimmig angenommen:

„Der Kongress erblickt in der Technischen Nothilfe eine Gefahr für die Bestrebungen der Arbeiterschaft. Namentlich ihr Eingreifen bei den Wirtschaftskrisen der jüngsten Zeit hat bewiesen, daß sich diese Einrichtung immer mehr zu einer Streikbrecherorganisation entwickelt. Der Kongress lehnt daher die Technische Nothilfe grundsätzlich ab und erhebt entschieden Protest gegen die Verwendung öffentlicher Mittel für diese Einrichtung. Er hält weiter die Ingehebrigkeit zur Technischen Nothilfe für unvereinbar mit der Mitgliedschaft in einer dem ADGB angeschlossenen Organisation.“

Es erfolgt sodann die Erledigung einer Anzahl Anträge zur Frage Änderungen der Bundesstatuten. Dabei wird ein Antrag, den Kongress künftig alle zwei Jahre einzuberufen, abgelehnt, ebenso ein Antrag, der den Bundesvorstand beauftragt haben will, ein einheitliches Wahlreglement für die Wahl der Kongress-Delegierten auszuarbeiten. Alle anderen sonstigen Anträge werden dem Bundesvorstand überwiesen.

Zum Schluß ergriff Bissell das Wort zu einer Erklärung. Der Bundesauschuss sei dem Kongress eine Gefährdung dafür schuldig, warum er zur Frage der Erfassung der Sachwerte hier nicht gesprochen habe. Der ADGB hätte im Dezember an die Afa, SPD, und USPD, das Ersuchen gerichtet, gemeinsam eine Kommission zur Ausarbeitung der Vorschläge zu bilden. Die Kommission sei vor drei Wochen zu Vorschlägen gekommen, die den vier Organisationen zur Kenntnis gebracht worden seien mit der Bitte, möglichst noch vor dem Gewerkschaftskongress Stellung zu nehmen. Es sei an ihn keine Mitteilung über die Stellung-

Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki.

Erzählt von der russischen Übersetzung von Kuzsch Schara. Russischsprachiges Copyright 1918 des Verlags „S. Co., Berlin.“

(88. Fortsetzung.)

Irgendeine von den älteren sagte verwundert zu den Freundinnen:

„Nun hör' einer den alten Sünder! Tut schön wie ein junger Bursche!“

„Singt wie ein Vogel auf dem Zweige...“

„Oder wie ein Bettler an der Kirchentür...“

Aber Jesimuschka hatte durchaus nichts vom Bettler, er stand fest wie ein knorriger Stamm, seine Stimme war immer verlockender, seine Worte klangen immer verführerischer, und die Weiber hörten ihm schweigend zu. Es schien in der Tat, als ob er Himmelsmusik in zärtlicher, berausgender Rede.

Das Ende vom Bilde war, daß er in der Besperpause oder nach Feierabend, den edigen, plumpen Kopf schüttelnd, zu den Freunden mit dem Ausdruck des Erstaunens sagte:

„Nein, so ein süßes Weibchen, so lieb — zum erstenmal im Leben ist mir eine solche begegnet.“

Wenn Jesimuschka von seinen Siegen erzählte, so lag darin keine Prahlerei noch auch Spott über die Besiegten, wie sie den andern beliebten. Es sprach vielmehr eine freundliche, dankbare Rührung aus seinen Worten, während die grauen Augen voll Erstaunen blickten.

Ostip hörte ihn kopfschüttelnd an und meinte:

„Mensch, du bist doch unerfährlich! Wie alt bist du eigentlich?“

„Wierundvierzig Jahre bin ich alt. Aber das hat nichts zu sagen. Ich bin heute um fünf Jahre jünger geworden, wie wenn ich in lebendigem Flußwasser gebadet hätte. So gesund fühl' ich mich, und so ruhig im Herzen. Nein, was es doch für Weiber gibt!“

„Wenn du erst über die Fünfzig bist.“ sagte der

Maurer unwirsch zu ihm, „werden dir deine unzüchtigen Gewohnheiten bitter aufstoßen!“

„Bist wirklich ein schamloser Mensch, Jesimuschka,“ sprach Grigorij Schiplin mit einem Seufzer.

Ich hatte den Eindruck, daß der schöne Stukkateur den Bulligen um seine Erfolge beneidete.

Ostip sah sie alle mit einem spöttischen Ausdruck an und scherzte:

„Jedes Schälgelein hat sein Mägelein, die eine liebt Spangen und Ringelein, die andere Täschen und andere Dingelein, und schließlich werden sie alle mal alte Großmütterchen sein...“

Schiplin war verheiratet, seine Frau war jedoch im Dorfe geblieben, und war auch für die Reize der Scheuerfrauen nicht blind. Sie waren alle leicht zu haben, jede von ihnen nahm einen kleinen „Nebenverdienst“ mit. Diese Art Verdienst wurde in der hungerigen Vorstadt genau so wie jede andere Arbeit angesehen. Der schöne Grigorij wagte sich jedoch an die Frauen nicht heran, er betrachtete sie nur aus der Ferne mit ganz besonderen Blicken, als ob er jemanden — sich selbst oder sie — bedauerte. Suchten sie selbst mit ihm anzubinden und ihn zu verführen, so lächelste er verlegen und drückte sich zur Seite.

„Laß mich in Ruhe,“ sagte er abweisend.

„Bist du ein Sonderling!“ sprach Jesimuschka verwundert zu ihm. „Wie kannst du dir die Gelegenheit entgehen lassen?“

„Ich bin verheiratet,“ verlegte Grigorij.

„Deine Frau wird's doch nicht erfahren!“

„Die Frau weiß es immer, wenn der Mann sie betrogen hat, er kann sie nicht täuschen.“

„Aber wie soll sie es denn erfahren?“

„Das weiß ich nicht, aber jedenfalls erfährt sie es, wenn sie selbst ehrlieh lebt. Und wenn ich ehrlieh lebe, sie aber sündigt, dann erfährt sie es...“

„Ja — wie denn?“ schrie Jesimuschka ihn an. Grigorij aber antwortete ruhig:

„Das weiß ich nicht.“

Der Dachdecker schlug die Hände über dem Kopfe zusammen:

„Nun sag' einer ehrlieh hin, ehrlieh her... Ach, du bist ja ein Schalkskopf!“

Die Leute, die zu Schiplins Kolonne gehörten, stoben Mann an der Zahl, machten nicht viel Umstände mit ihm, behandelten ihn gar nicht als einen, der ihnen etwas zu sagen hatte, und nannten ihn hinter seinem Rücken ein Kalb. Wenn er auf den Arbeitsplatz kam und sah, daß sie saulenzten, nahm er Handbreit und Kelle und begann selbst kunstgerecht zu arbeiten, wobei er die anderen freundlich erinnerte:

„Immer flott, Kinder, flott!“

Im Auftrage des Prinzipals machte ich Grigorij einmal Vorhaltungen darüber, daß seine Leute so langsam arbeiteten.

„Deine Leute taugen nicht viel,“ sagte ich zu ihm.

„Wie so?“ fragte er ganz erstaunt.

„Diese Arbeit hätte gestern vormittag beendet sein müssen, und sie werden auch heute noch nicht fertig werden.“

„Das stimmt — sie werden nicht fertig,“ gab er mir zu, und nach einer Weile fuhr er vorständig fort:

„Ich sehe das wohl, aber ich möchte sie nicht treiben. Es sind nämlich lauter Landsknechte, alle aus demselben Dorfe wie ich. Vergiß auch nicht Gottes Gebot: Im Schweisse deines Angesichts sollst du dein Brot essen — das gilt für alle Menschen, also auch für dich und mich. Wir beide arbeiten aber weniger als sie, da ist's einem peinlich, sie anzutreiben.“

Er war ein ausgemachter Trummer. Zuweilen, wenn er durch die leeren Straßen des Jahnmärkts hinschlenderte, blieb er plötzlich auf einer der Kanalbrücken stehen und schaute, an das Geländer gelehnt, ins Wasser, oder nach dem Himmel oder in die weite Ferne jenseits des Oka. Trat man zu ihm hin und fragte ihn, was es gäbe, so erwachte er aus seinem Sinnen, lächelte verlegen und meinte: „Nichts weiter... ich bin nur so stehen geblieben, guäte ein bißchen...“

(Fortsetzung folgt.)

nahme der einzelnen Spitzenverbände ergangen. Nun stehe gestern abend in der „Leipziger Volkszeitung“ eine längere Abhandlung, die einen Antrag der USP-Fraktion im Reichstag über die Erfassung der Sachwerte behandelt. Dieser Antrag sei mit einigen Abänderungen der Vorlage der Kommission. Er habe zu erklären, daß sie lediglich mit Rücksicht darauf, daß sie hoffen, eine gemeinsame Vorlage der Öffentlichkeit unterbreiten zu können, hier zur Frage der Erfassung der Sachwerte keine Stellung genommen haben.

Dihmann erwidert sofort auf diese Erklärung Biffels, daß er als Mitglied der Fraktion der USP im Reichstag genau informiert sei über den Vorgang. Zunächst haben alle Mitglieder der Kommission an der Vorlage mitgearbeitet. Darauf sei die Vorlage auch an die beiden sozialistischen Parteien gelangt. Die USP habe ihr sofort zugestimmt und sei in der vergangenen Woche wiederholt an die Fraktion der SPD herangetreten, um ein gemeinsames Vorgehen im Reichstage zu erreichen. Erst nachdem die SPD es abgelehnt habe, die Vorlage gleich uns im Reichstag an unterbreiten, hat unsere Fraktion sich genötigt gesehen, selbständig vorzugehen, nachdem auf Grund der vorher Verhandlungen das Proletariat mit neuen indirekten Steuern bedroht sei und die Haltung der SPD ein gemeinsames Vorgehen unmöglich gemacht habe.

Nachdem auch dieser Zwischenfall erledigt ist, macht Leipzig noch einige geschäftliche Mitteilungen und bittet den Kongress um

Annahme nachstehender Resolution der Arbeitsinvaliden:

Der 11. Gewerkschaftskongress verweist die Reichsregierung nachdrücklich auf die große Notlage der auf Rentenbezug angewiesenen Arbeitsinvaliden und Witwen, deren Einkünfte für den Lebensunterhalt infolge der Geld-Entwertung auf einen geringen Teil des Wertes der Friedensrenten gesunken sind. Der Ausgleich in Form Erhöhung der Rentensätze erfolgte bisher viel zu spät und ungenügend.

Der Kongress erwartet, daß die Regierung den Opfern der Arbeit mehr Beachtung schenkt und beantragt den Bundesvorstand und Ausschuss, die Bestrebungen auf Besserung der Lage der Arbeitsinvaliden und Witwen weitestgehend zu unterstützen.

Bei der

Wahl des Bundesvorstandes

werden 688 Stimmzettel abgegeben, aber insgesamt nur 642 Stimmen abgegeben. Davon sind 152 weiße Zettel, während der alte Vorstand mit 463 Stimmen im niedrigsten und 491 Stimmen im höchsten Falle wiedergewählt wird.

Müller, Delegierter des Saargebietes, gibt alsdann eine von den Delegierten des Saargebietes gemeinsam unterschriebene Erklärung ab, die sich gegen die im Vorstandbericht gegebene Darstellung über die Verhältnisse im Saarregier wendet und diese als den Tatsachen nicht entsprechend, sondern im Gegenteil direkt einseitig gehalten ist und offensichtliche Unwahrheiten enthält. Der Bundesvorstand habe alle Ursache, streng bei der Wahrheit zu bleiben und alles zu meiden, was irgendwie geeignet wäre, das Pulverfaß Saargebiet zum Auffliegen und die Arbeiterklasse in ungeheure Not und Elend zu bringen. Wenn die Deutschnationale Bundesvorstandes an das internationale Arbeitsamt keinen Erfolg gehabt habe, so entfalle die Schuld einzig und allein auf den Bundesvorstand, der die Aufgabe gehabt hätte, vor Abfassung seiner Deutschnationalen mit den maßgebenden Instanzen in Verbindung zu treten.

Diese Erklärung ruft bei den Delegierten merkbare Unruhe hervor.

Alsdann ergreift der Vorsitzende Paepflow das Wort zum Abschluß der Tagung.

Er führt etwa an: Ich spreche die Hoffnung aus, daß dieser Kongress einmal als Markstein in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung bezeichnet wird. Es ist im Verlaufe der Tagung viel Kritik über uns ergangen, daß wir eine Klasse sind. Der Kongress hat gute Arbeit geleistet. Wir haben über eine neue Organisationsform geteilt und abgestimmt. Wünsche der Kongress auf neue Arbeiten der Gewerkschaften hingewiesen haben, namentlich hinsichtlich der Sozialisierung, die bisher leider viel zu wenig betrieben worden ist. Wir müssen dahin gelangen, ein neues Arbeitsrecht zu erhalten. Dann erst werden wir erkennen, welche Kraft und Macht wir besitzen. Betriebsräte und Gewerkschaften müssen unter allen Umständen eins sein und bleiben.

Die Schüsse auf Rathenau haben uns gezeigt, daß wir mehr tun müssen, um die Reaktion niederzuwerfen. Dazu ist notwendig, daß die Arbeiterschaft mehr als je zusammensteht. Was auf politischem Wege nicht erhalten oder wieder erreicht werden konnte, muß in der Gewerkschaftsbewegung festgehalten werden.

Wir haben bisher unsere Aufgaben geführt gemeinsam mit dem internationalen Gewerkschaftsbund. Das wollen wir auch fernertun. Ich hoffe, daß nie ein Zerwürfnis eintreten mag und ich will leise hoffen, daß auch unsere Brüder im Osten Abstand nehmen mögen von ihrer Sonderstellung. Wir haben vieles von ihnen gelernt, aber hinsichtlich der Gewerkschaften sind wir die Lehrmeister. Die Brüder im Osten mögen dies anerkennen und Schulter an Schulter mit uns arbeiten.

Arbeit und nochmals Arbeit ist unsere Aufgabe. Ich schließe mit der Losung: Jeder einzelne Kollege muß sich zur Aufgabe machen, in der Berichterstattung nicht das Trennende, sondern das Vereinernde, das sachlich Geleistete hervorzuheben.

Paepflow schließt mit einem dreifachen Hoch auf die deutsche und die internationale Gewerkschaftsbewegung, in das die Delegierten begeistert einstimmen.

Darauf erklärt Paepflow die Tagung für geschlossen.

Englands Arbeitslose. Nach einer Zusammenstellung des Arbeitsministeriums wurden am 18. Juni in England 1 449 000 Arbeitslose unterzählt, das heißt 5000 mehr als in der Woche vorher.

Amerikas Notendebat. Der amerikanische Senat hat das Marinebudget angenommen, das Ausgaben in Höhe von 20 545 000 Dollars vorsieht. Die Flotte wird fortan 86 000 Offiziere und Mannschaften umfassen.

Die erste Frau im amerikanischen Bundesssenat. Im Staat Minnesota wurde Frau Anna Dibley Olsen an ausschlaggebender Stelle für den Bundesssenat nominiert. Es wäre die erste Frau, die in diese Körperschaft einsteige.

Deutscher Reichstag

Sitzung vom Montag, dem 26. Juni.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung 12 Uhr 15 Minuten. Die Tagesordnung über die Verlängerung des Wohnungsmangelgesetzes, Kündigungsbefreiungen zugunsten Schwerbeschädigter und Erhöhung der patentamtlichen Gebühren werden ohne Debatte in allen drei Lesungen angenommen.

Bei der zweiten Beratung eines Gesetzes zur Verlängerung der Pachtgesetzordnung führt Abg. Horn (USP.) aus:

Der Gesetzentwurf ist unbedingt notwendig durch den stetigen wirtschastlichen Kampf, in dem der Stärkere den Schwächeren unterdrückt. Die kleinen und mittleren Pächter müssen gegen die Verpächter und gegen die Großpächter geschützt werden. Die Pächter der Staatsdomänen nehmen eine außerordentlich starke Position ein. Häufig wird durch die zu niedrige Bemessung des Pachtpreises dort geradezu ein Staatsbetrieb auf diesen Domänen ausgeführt, da auf dem Lande und gerade dort eine große Interessenwirtschaft herrscht. Es muß von der Reichsregierung verlangt werden, daß auf den Staatsdomänen Großbetriebe eingeführt werden, und daß nur die Domänen verpachtet werden dürfen, wo eine solche Einführung von Großbetrieben technisch und wirtschaftlich unmöglich ist. Dieser Gesetzentwurf hätte Gelegenheit geben müssen, über die Stellung der Deputatsarbeiter zu sprechen. Fast ein Drittel alles Kulturlandes wird von Pächtern bewirtschaftet. Sie stellen also einen großen Teil des Volksgutes dar. Nirgends finden die Großbetriebe die Gewinne so mühselos ein wie auf dem Lande. Auch nach diesem Gesetz wird es den kleinen Pächtern kaum möglich sein, ihrer geringen Mittel wegen, die Berufsinstanzen in Anspruch zu nehmen; diese werden also nur für den Verpächter da sein. Bei der Ausschussberatung hat sich deutlich gezeigt, daß die Rechte bis zu den Demokraten nicht, wie sie immer betont, für die Interessen der kleinen Bauern eintritt. Nach dem demokratischen Antrag hier im Plenum sollen nur die Pächter der Pachtverhältnissen unterstellt sein, die nicht mehr als 7 1/2 Hektar bewirtschaften, während der Ausschuss die Grenze schon auf 10 Hektar festgesetzt hat. Wir können nicht zugeben, daß bei diesem Gesetz eine weitere Verschlechterung herbeigeführt wird, und müssen darauf bestehen, daß die Ausschussvorlage angenommen wird.

Bei der Abstimmung wird der demokratische Antrag auf Änderung der Größenbeschränkung abgelehnt. Der Gesetzentwurf wird mit unwesentlichen Änderungen in der Ausschussfassung in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Darauf verläßt sich das Haus am Montag, den 26. Juni, abends 8 Uhr. Tagesordnung: Gesetzentwurf über Fragen der Reichsüberleitung im ober-schlesischen Abstimmungsgebiet.

Das Abkommen über gewisse Fragen der Rechtsüberleitung im ober-schlesischen Abstimmungsgebiet wurde in allen drei Lesungen ohne Debatte angenommen.

Nächste Sitzung: Mittwoch, 1 Uhr: Kleine Anfragen. Getreidemenge, Arbeitszeit, und Arbeitsnachweisgesetz.

Preussischer Landtag

Sitzung vom Sonntag, den 26. Juni 1922.

Erst nach 4 Uhr eröffnete Präsident Weimer die Montags-sitzung des Landtages mit der Verlesung einer Erklärung der Deutschnationalen Fraktion, worin gegen das Verhalten Weimers in der kürzlichigen Sonnabend-Sitzung Protest erhoben wird. Bekanntlich hatte Weimer dem Redner der Deutschnationalen Fraktion das Wort verweigert unter Berufung auf die außerordentlichen Ereignisse des ganzen Landes. Der Reichsterrat hat nachträglich das Verhalten des Präsidenten gebilligt. Die deutschnationale Erklärung wird in das Sonnabendprotokoll des Landtages mit aufgenommen werden. Die Verlesung der deutschnationalen Erklärung, die das „Bauern“ über den Mord an Rathenau zum Ausdruck bringt, wird mit stürmischen Entrüstungsrufen der Linken begleitet.

Sodann gab Ministerpräsident Brauns eine Erklärung der Staatsregierung ab, in der sie den Absichten über den feigen Mordmord zum Ausdruck bringt. Der Mord sei, wie weit es gekommen sei. Soll das so weiter gehen? Der Mord ist ein neues Glied in der Kette der politischen Mordtaten. Es handelt sich um Glieder einer weitverzweigten Verbrecherbande. Es gibt einflussreiche Kreise, die den Mord begünstigen und den Mörder reichliche Mittel zur Verfügung stellen. Der Kampf wird auch seinen Kreis ziehen, die die Nordatmosphäre durch die Presse geschaffen haben. (Zuruf: Da sitzt er, der Chefredakteur der „Deutschen Tageszeitung“, Baedeker!) Der Kampf muß geführt werden gegen die Feinde der Republik! (Beifall.)

Nach ihm nimmt Innenminister Seeding das Wort, der auf die schwere Schädigung des Wirtschaftslebens hinweist und als Reformminister der preussischen Polizei die schärfsten Maßnahmen gegen die nationalistischen Umtriebe ankündigt. In Schlesien treiben sich verpönte Kolonnen der Selbstschutzbewegungen umher, die die Verhängung des Ausnahmezustandes erforderten. Der Minister bezieht sich auf die Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten und verliest die Ausführungsbestimmungen des preussischen Innenministeriums. Die Polizei hätte bereits zugegriffen. Er hätte bisher leider keine gezielte Handhabung gehabt, den monarchistischen Umtrieben der Beamten entgegenzutreten.

Abg. Heilmann (Soz.), vielfach stürmisch unterbrochen von den Kommunisten, fordert schärfstes Vorgehen und Wiedereinführung des Disziplinarrechts und des Disziplinarverfahrens. Die Fahne der Reichswehr darf keine schwarz-weiß-rote sein.

Der nächste Redner, Abg. Winkler (Dn.) kann sich nur schwer Gehör verschaffen, da er von der Linken vielfach stürmisch unterbrochen wird. Der Redner verwahrt sich heuchlerisch dagegen, mit den Mörder Rathenau in Verbindung gebracht zu werden und polemisiert scharf gegen die Regierungserklärung. Während seiner Rede werden sechs Kommunisten zur Ordnung gerufen.

Obuch (US.):

Die Republik ist von vornherein nicht mit den nötigen Mitteln ausgerüstet worden gegen ihre Feinde, die ihrerseits jahrzehntelang die Regierung geführt haben, wie sie auf ihren Rittergütern die Stallknechte behandeln.

Seit drei Jahren enttäuscht diese Republik die Arbeiterschaft.

Als sie sie im Rapp-Putsch schützte, ist man ihr hemmend in den Arm gefallen. Unzählige Arbeiter sind im Kampfe gegen die Reaktion gefallen. Ebenso eine Reihe von Führern, voran Luxemburg und Liebknecht. Heute erreicht der Nordrat bereits bürgerliche Minister, Erzberger und Rathenau. Nach dem Erzberger-Mord stelen vom Regierungstisch starke Worte. Aber welche Taten folgten? Ein Kommissar für öffentliche Ordnung ist als

besondere Behörde eingesetzt. Von unbekanntem Duelle werden ihm große Geldmittel zugeführt. Und ein politischer Mord nach dem anderen wird ungefragt begangen.

Für wem ist dieser Mann eigentlich da? Das Gesetz zum Schutz der Republik ist seit einem Jahr noch immer nicht als ein unferliger Entwurf, Fahnen mit der Aufschrift: Für Kaiser und Reich werden fortgesetzt geweiht. Mir ist nicht bekannt geworden, daß die Organe der Republik die Fahne der Republik feierlich geweiht und anerkannt haben. Auch die jetzt erlassene Ausnahmeverordnung ist völlig unzureichend. Sie läßt Reichswehr, Saupolizei, Justiz, die wichtigsten Instrumente der Republik unangehört.

Die Koalitionsparteien vermeiden in ihrem farblosen Antrag „alle Maßnahmen für den Bestand des Staates“ zu ergreifen schon jetzt ängstlich die Bezeichnung Republik. Beantworte gemeinsam mit der Deutschen Volkspartei kann man von einem solchen Vorgehen nichts erwarten. Tatsächlich hat die Anwendung des Ausnahmezustandes gegen links schon begonnen. Der Polizeipräsident von Potsdam läßt eine Sommerfeier der nationalistischen Jugend von Potsdam mit gewissen Einschränkungen zu. Der Polizeipräsident von Berlin verbietet eine solche Feier am gleichen Tage der sozialistischen Arbeiterjugend. Am 21. Juni erklärte sich der Redner der Deutschen Volkspartei für einen Schutz der Republik. Heute, zwei Tage später, will er den Staat als solchen, wie er ihn versteht, geschützt wissen. Die Haltung der Deutschnationalen nannte der Zentrumredner Dr. Heß ekelerregend. Da braucht man nicht über Zwischenrufe der berechtigten Empörung sich aufzuhalten. Für so beleidigend dumm halten und die Herren von Rechts nicht, daß wir ihnen die Worte glauben. Sie wollen nur so vor ihren irreführenden Anhängern bestehen können, um sie weiter zu mißbrauchen. Ihr wahres Ziel ist die Verjüngung der Staatsordnung, um

durch eine Säbelkutschung wieder in den Sattel und damit zur alten Herrschaftsstellung zu gelangen.

Mit gesetzgeberischen Maßnahmen ist es da allein nicht getan. Wenn Sie — zu den Koalitionsparteien — intransigente sind, der Arbeiterklasse das Vertrauen einzusüßen, und der kapitalistischen eine sozialistische Republik zu schaffen, werden Sie sehen, welche gewaltigen Kräfte der Masse Proletariat einfallen kann und welche Männer aus ihm erheben, den Bestand der Republik zu schützen. (Bravo d. d. Unabh. Sozialdemokraten.)

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, den 28. Juni, vormittags 11 Uhr, statt.

An die deutsche Beamenschaft

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund, unterzeichnet Händeler, Menne, Dr. Böcker, stellt in einem an die deutsche Beamenschaft gerichteten Aufruf fest, daß der Mord an Rathenau aufs neue gezeigt hat, welche dunklen Mächte die Republik bekämpfen und daß es an den Beamten liegt, die Reichsregierung in ihrem Kampfe gegen die Feinde der Republik zu unterstützen. Es heißt dann weiter:

Leider steht aber fest, daß in den öffentlichen Verwaltungen Personen, besonders in höheren Beamtenstellen, vorhanden sind, deren mangelnde republikanische Gesinnung jene Feinde der Republik zu ihren Taten geradezu ermutigt. Hier muß endlich Wandel geschaffen werden. Regierung und Parlamente dürfen jetzt nicht mehr zögern, mit der Verwaltungsreform und mit dem demokratischen Aufbau des Beamtenkörpers durch Schaffung eines freibetrieblichen Beamtenrechts gemäß den Verfassungen der Verfassung Ernst zu machen. Durch ein Beamtenrechtgesetz muß den Beamten nicht nur die Mitbestimmung in ihren persönlichen Angelegenheiten, sondern auch die lebendige Mitarbeit an der Ausgestaltung des Dienstbetriebes ermöglicht werden. Dann wird es gelingen, den Einfluß jener Kräfte in den Behörden, die der Regierung passiven und aktiven Widerstand leisten, zu beseitigen.

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund fordert alle Beamte, die mit ihm in diesem Sinne einig sind, auf, zum Zeichen der Entrüstung und des Protestes gegen die Angriffe auf die Republik und zur Befestigung ihres festen Willens für den Schutz des Staates und seiner Einrichtungen sich einzusetzen, an den für

Dienstag, den 27. Juni 1922, festgesetzten Kundgebungen der Gewerkschaften teilzunehmen. Von den Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden erwarten wir, daß sie in weitestgehendem Maße Urlaub zur Beteiligung an diesen Veranstaltungen gewähren, soweit es sich unter Aufrechterhaltung notwendiger Dienstzweige durchführen läßt.

Betrogene Beutelschneider

Oberbayern mit seiner Hauptstadt München ist bekanntlich ein Hauptsitz der deutschen Monarchistenbewegung. Aber Oberbayern ist gleichzeitig auch Erholungsbezirk für zahlreiche Sommerfrischler. Beides läßt sich nicht immer gut vereinigen. Die Zeitungen berichten, daß in diesem Jahre im bayerischen Hochland der Fremdenverkehr völlig stockt. Die Fremden bleiben aus. Die Unternehmungen, namentlich neugegründete, stehen vor großen Schwierigkeiten. Garmisch und Partienkirchen sind am härtesten betroffen, trotz der Nachbarschaft von Oberammergau. So hatte am vorigen Sonntag der größte Hotelbetrieb von Garmisch-Partienkirchen, der 200 Betten besitzt, nur 20 bis 25 Fremde. Im ganzen Orte zusammen waren 400 Fremde abgeblieben, gegenüber 1000 Vorelangeschritten. Große Häuser mit 80 und mehr Betten hatten überhaupt keine oder nur ganz wenige Fremde.

Die Zeitungen führen das Ausbleiben der Fremden neben den maßlosen Preiserhöhungen auch auf „andere Gründe“ zurück. Die „anderen Gründe“ sind sehr nahe liegend. Ein Landstrich, in dem jedem Republikaner, jedem Juden, jedem Ausländer mit dem Ohrengehör und dem Laternenspaß gedroht wird, muß an Anziehungskraft verlieren. Für die schlechte Saison können sich die oberbayerischen Wirte zum guten Teil bei den Münchenern bedanken.

Die Jugend Berlins beteiligt sich an der Demonstration der Arbeiterschaft am Dienstag, dem 27. Juni, 3 Uhr, im Lustgarten. Die Jugend nimmt an der Schloßseite Aufstellung.

Sozialistische Proletarier-Jugend, Zentrale Berlin.

Die nächste Nummer der „Freiheit“ erscheint am Mittwoch Nachmittag.

Die „Freie Welt“ erscheint bei politischen Ereignissen wegen, die einen ungeheuren Stoffandrang mit sich bringen, am Donnerstag.

Morgen, Mittwoch Extra-Zahlabend in Groß-Berlin in den bekanntesten Lokalen
abend 7 1/2 Uhr: Tagesordnung: Die politische Lage und die USPD.

Gegen die Verschleuderung der städtischen Güter

Mit einer Beharrlichkeit, die wirklich einer besseren Sache würdig wäre, kommt der Kammerer der Stadt Berlin immer wieder auf die Verpachtung der Güter zurück. Erst sollten es nur „unrentable“ Güter sein, die zum Teil den bisherigen Verwaltern ausgeliefert werden sollten. Die Pachtverträge, die leider die Güter-Deputation passiert hatten, ohne auf Herz und Nieren geprüft zu werden, sind nun doch im Magistrat auf Widerstand gestoßen. Es ist kaum zu glauben, daß die nicht zu überbietende Kurzsichtigkeit des Kammerers, der wegen eventuell zu gewinnender 18 Millionen wertvollstes Gut der Gesamtheit aus der Hand geben will, tatsächlich liegen soll. Wir fordern die sofortige Entlassung der Güterverwaltung, deren Unfähigkeit von niemand bestritten wird, und die Bestellung eines anderen Dezenten. Es muß möglich sein, bei festem Zupacken aus dem Millionenwerte etwas herauszuholen. Die rein formale Umgestaltung der Güter in eine G. m. b. H., um ihren Betrieb kaufmännischer und beweglicher zu gestalten, genügt nicht allein. Es kommt auch darauf an, andere Männer an die Spitze zu stellen. Da es sich um die wichtigsten Lebensinteressen der Bevölkerung handelt, bringen wir noch die uns zugegangene nachfolgende Zuschrift:

C. B. Herr Lanauer, Administrator des Güterkomplexes Oddorf, hat eine Rede gehalten. Diese Rede ist von der Stimmepresse breitgetreten als außerordentlich beachtenswert, als Nachweis, warum bisher die Riefelgüter unrentabel waren und warum sie ausgerechnet an denselben Herrn Administrator Lanauer, unter dem sie unrentabel waren, der als städtischer Beamter mit gewaltigem Unterschuß (1 1/2 Millionen) gearbeitet hat, verpachtet werden mußten. Herr Lanauer hat tatsächlich mit seiner Rede Eindruck geschunden, denn die hies. Güterdeputation hat beschlossen, ihm das bisher unrentable, 137 Hektar große Großgut Oddorf, das beste Gut der Stadt Berlin, für 11 750 Rentner Roggenvorrat jährlich zu verpachten, ohne einmal zu fragen, woher der Herr Lanauer die 30-50 Millionen Betriebskapital her hat, die die Bewirtschaftung eines so großen Gutes, wie Oddorf, erfordern würde. Sieht man sich die Rede Lanauers auf deren Inhalt an, so ist man darüber geradezu verblüfft. Lanauer erzählt in einer sehr oberflächlichen Weise die Geschichte der Entdeckung der Riefelgüter, erzählt von dem schlimmen Einfluß der Verschuldung durch den Gehalt des Schiffs an Kalkalose und Fett. Was Herr Lanauer an Geschichtlichem erzählt, ist unendlich gründlicher und wissenschaftlicher bereits vor 30 Jahren (1862) von Hans Brandt in dessen Broschüre über die Berliner Riefelwirtschaft gesamt worden (ebenso von demselben in Courads Nachdrücken für Nationalökonomie 1865, S. 562 ff.). Herr Lanauer erzählt, wie er verschüttete Felder „umaxiert“, so tief aerofillig bzw. verlost hätte, daß nun der im Untergrunde ankehende eisenhaltige Bohnen nach oben gekommen wäre und nun die Felder noch weniger Ertrag brächten. Ein jeder Landwirtschaftskundige Besitzer hätte einem Administrator, der in dieser Weise den Boden „tot“ pflegt, auf allen Teufeln gejagt. Ein jeder Landwirtschaftskundige weiß, daß man die Pflanzurde nur ganz allmählich vertiefen darf, jährlich um höchstens 2 bis 3 Zentimeter.

Wenn Herr L. wirklich erst 1911 Kultivatoren in Oddorf einführte, so muß man sich über die vorherige Güterverwaltung in der Tat sehr wundern. Herr L. erwähnt 2 Ueberflutungsjahre und behauptet, der Ertrag hätte alles über den Haufen geworfen. 1916 und 1917 waren aber doch für alle Stadtgüter noch Ueberflutungsjahre (2,6 und 1,7 Millionen Mark), selbst 1918 gab noch einen kleinen Ueberflutungs (0,38 Millionen); das Riefeldefizit beginnt erst 1919 (8 Millionen), 1920 betrug es über 12 Millionen. Ende 1917 ist m. W. der überaus tüchtige Güterdirektor Schröder von dem herrschenden Freilandskultivator angegangen worden. Ihm, Schröder, und nicht Herrn Lanauer, gebührt das Verdienst, die Stadtgüter im Ueberflutungsstande gemacht zu haben. Man sieht, daß diese Rentabilität mit durch den Verkauf von Schlössen zu Dünnegeweden erreicht worden ist: das war doch keine falsche Maßnahme Schröders, weil das reicherende Riefelwasser ohnehin dem Boden ein vielfaches an Pflanzenernährstoffen zuführt im Verhältnis zum Verbrauch von Maximalernten. Bereits Brandt führt die Ergebnisse chemischer Analysen an auf Grund deren es sich ergab, daß die Riefelfelder bereits ohne Schlösser jährlich auf einen Hektar bekamen:

Stickstoff 1526 Kilo, Phosphorsäure 412 Kilo, Kalk 1038 Kilo, Düngestoffe 200 Kilo, Phosphorsäure 412 Kilo, Düngestoffe 100 Kilo.

L. erzählt, daß er im Kriege so viele Geipanne und Beute hätte für die Kartoffelkulturen nach Berlin und für die Verladung von Schlössern hergeben müssen, daß die Felder nicht hätten im Herbst ackerbar werden können, wodurch der Ertrag sehr gelitten hätte. Die Kosten wären allerdings ersetzt worden. So, was hat denn Herr L. mit den erlittenen Kosten gemacht? Warum hat er diese nicht zur Beschaffung von ein paar Rotorpflügen benutzt, um die Felder im Herbst zu pflügen? Die Militärverwaltung unterstützte doch die Landwirtschaft auch im Kriege durch die Belieferung von Benzin für Rotorpflüge. Weitere Klagen L.'s über 25 Arbeiter mit vermindelter Arbeitsfähigkeit dürften bei einem Gesamtbestande von 318 Arbeitern für die Rentabilität kaum ausschlagend sein. Wenn L. ferner errechnet, daß bei ihm die Arbeiter bei einer Drillmaschine bloß 10-12 Morgen täglich ackern könnten, so hat er dabei vergessen, die Breite der Drillmaschinen und die Größe der Parzellen, die besät wurden, anzugeben. Seine Mitteilung, daß die Arbeiter, als sie erlitten, daß er selbst Pächter werden könnte, die Leistung auf 18 Morgen geschätzt hätten, entspricht daher der Sicherheit, ob dies nicht bereits durch Ueberanregung geschehe.

Zum Schluß aber verrät Herr Lanauer ziemlich offenkundig, um was es sich handelt, nachdem er entrüstet abgelehnt, als städtischer Administrator Ueberflüsse herauszuwirtschaften, weil dies der Bürokratismus der Verwaltung hindere, erwähnt er nachher nebenbei, daß die nach dem Kriege wieder aufzunehmende Bodenverbesserung jetzt anfangen, ihre Früchte zu tragen (an der Bodenverbesserung war er, wie wir sehen, selbst schuldig) und er sich, da verpachtet werden soll, nicht um die Früchte einer über achtjährigen Arbeit bringen wolle! Herr L. hat aber selbst auf die Verpachtung hingearbeitet. Und seit wann haben denn die Administratoren auf sonjähigem Besitz, auf Grund der Tatsache, daß sie zehn Jahre schlecht gewirtschaftet, ihre bewirtschafteten Güter um den halben Preis zu pachten? Denn auch die für Oddorf abotene Pacht ist äußerst niedrig. 11 750 Rentner entsprechen bei einem Preise von 600 Mark per Rentner 7 050 Millionen Mark, diese aber bei einem Dollarkurs von 200 nur 22001 Dollars, letztere auf 42 Goldmark gerechnet 92 800 Goldmark. Das macht auf 2137 Hektar 43 Goldmark per Hektar. In diesem Preise wurden die Staatsdomänen in den letzten Vorkriegsjahren in der Mark

auch verpachtet, diese aber ohne Düngung, die beim Verpachten der Riefelgüter inbegriffen ist und ohne daß Saat, Borräte, Kunstdünger als eiserne Inventar sinnlos übergeben wurden, auch ohne Bezahlung der Kosten für Be- und Entwässerung.

Nein, der Pachtvertrag mit Herrn L. und den anderen Administratoren ist ein Ueberverleumdungsvertrag für die Stadt, und der Beweis, daß doch nur 2 Angebote vorgelegen hätten, entspricht nicht einer gewissen Plakaterie, wenn man weiß, daß ein öffentliches Angebot der Stadtgüter, wie dies für Staatsdomänen vorgezeichnet ist, gar nicht statthaft ist. Bei dem mit großem Klombum und Traraß ins Werk geleiteten Nummer für die Verpachtung des ganzen schäbigen Reiches der Stadtgüter (die Rückenarundstücke sind bereits weg) an eine neue G. m. b. H. wird der Öffentlichkeit vorenthalten, wie groß dieser Reiz ist, wieviel davon Acker, Wiese, wieviel Riefel, wieviel Dehland ist und wie das entzückende Angebot beschaffen ist. Das Publikum soll einfach eingeleitet werden, für einen unerhörten Beutezug gegen seinen Vorteil reif gemacht werden, daher hätte man sich, ihm reinen Wein einzuschütten. Es ist doch nicht anzunehmen, daß die neue G. m. b. H. in Wirklichkeit mehr zahlen wird, als bei den bisherigen Verpachtungen gezahlt worden ist. Und diese Verpachtung ist eine ungläubliche Ueberverleumdung der Stadt und der Klasse der kleinen Pächter, die man schände an die Großpächter ausliefert. An der neuen G. m. b. H. sollen Fachmänner sitzen. Na, hat man denn bis jetzt die Leistung Nichtfachmännern anvertraut? Dann ist es doch höchste Zeit, die Verwaltung von den Nichtfachmännern zu reinigen und es mit Fachmännern als Administratoren zu versuchen — vor allem dürfte auch sozialistisch gerichteten und unparteiischen Fachmännern die Gelegenheit geboten werden, ihre Kenntnisse im Dienste der Öffentlichkeit zu verwerten. Es ist wirklich nicht notwendig, alle Posten mit Deutschnationalen oder Stimm-Parteilern, d. h. Interessenten zu besetzen und alsdann sich auf deren „fachkundigen Urteil“ zu berufen.

Streik der Vermieterbeisitzer

Zu welchen Mitteln die Hausagrarier greifen, um unbenutzte Mietvermittlungsbüros-Vorsitzende zu beseitigen, das zeigen die jüngsten Vorgänge im Bezirk Wedding. Die Vermieterbeisitzer des Mietvermittlungsbüros 3a haben bei der Zentrale einen Antrag auf Amtsenthebung des hauptamtlichen Vorsitzenden Amtsgerichts Dr. Freitag gestellt. In der Begründung wurden allerlei zum Teil höchst lächerliche Gründe angeführt. Der wahre Grund war natürlich, daß der betr. Vorsitzende nicht genügend vermietterfreundlich war, sondern nach Recht und Billigkeit entschied. Die Zentrale lehnte den Antrag ab, da irgendwelche stichhaltigen Gründe nicht angegeben waren; darob große Entrüstung bei den Vermietern. Eines schönen Tages erklärten die Vermieterbeisitzer des Mietvermittlungsbüros 3a, daß sie mit Herrn Amtsgerichtsrat Dr. Freitag, der als „mietterfreundlich“ gilt, nicht mehr zusammen arbeiten würden. Die Mieterbeisitzer konnten infolgedessen nicht amtieren und mußten wieder nach Hause gehen. Da für ausgefallene Sitzungen keine Däten gezahlt werden, so hatten die Mieterbeisitzer den Ausfall an Arbeitsverdienst selbst zu tragen. Infolgedessen gingen nun die Vermieterbeisitzer solidarisch zur Abwehr über. Vor dem Beginn jeder Sitzung in einer Kammer des Amtes 3a fragten sie den Vermieterbeisitzer, ob er auch mit Amtsgerichtsrat Dr. Freitag sitzen würde. Da die Vermieterbeisitzer stets mit „Nein“ antworteten, war im Amt das Amt lahmgelegt. Die Zentrale des Mietvermittlungsbüros berief nun den Beisitzer aus dem Amt ein, der bei Anwesenheit von je vier Beisitzern der Vermieter und Mieter einmütig erklärte, daß er dieses Vorgehen mißbilligte, ganz gleich, ob die gegen Dr. Freitag erhobenen Vorwürfe berechtigt seien oder nicht; denn in die amtliche Untersuchung dürfe von keiner Seite eingegriffen werden. Die anwesenden vier Vermieterbeisitzer erklärten sich sogar bereit, mit Dr. Freitag zu sitzen, und verpflichteten sich, auf die Beendigung des Streiks hinzuwirken. Das war wenige Tage vor Pfingsten. Nach Pfingsten sah die Sache anders aus. Die im Beisitzer-Ausschuß befindlichen Vermieterbeisitzer drangen bei ihren radikalen Kollegen nicht durch und mußten einen schmächtlichen Rückzug antreten, zumal der Hausagrarierhauptling Labendorf (warum heißt der Mann nicht Labendorf?) erklärt hatte, er werde den tapferen Kämpfern nicht in den Rücken fallen! Nun drohten die Mieterbeisitzer mit der Ausdehnung des Streiks über die anderen Ämter, um sich nicht von der Gegenseite terrorisieren zu lassen. Die Zentrale hatte die gegen Dr. Freitag vorgebrachten Beschwerden nach erfolgter Prüfung als nicht stichhaltig betrachtet und darauf an den Obmann (Streikleiter) der Vermieterbeisitzer die Anfrage gerichtet, ob sie nunmehr bereit seien, mit Dr. Freitag wieder zu amtieren. Die Antwort lautete jedoch ablehnend, obwohl die Vermieterbeisitzer ausdrücklich erklärt hatten, an jedem anderen Amt zu arbeiten (sic) mit Dr. Freitag zusammen zu arbeiten. Hieran ist klar zu erkennen, daß es den Hausagrarier nur auf eine Machtprobe ankommt, um gegenüber einem ihnen unbenutzten Vorsitzenden ein Exempel zu statuieren. Die Zentrale des Mietvermittlungsbüros hat aus diesen Vorgängen die Konsequenzen gezogen und eine Neuwahl der Vermieterbeisitzer im Bezirk 3a angeordnet. Es kommt nun natürlich darauf an, daß bei der Neuwahl die Böcke von den Schafen geschieden und daß nicht etwa gerade die streiklustigen Vermieterbeisitzer wiedergewählt werden. Ganz eigenartig aber mußte das Verhalten der Vorsitzenden der Mietvermittlungsbüros an, die doch sonst so sehr auf die Wahrung ihrer Rechte achten. Wir erinnern uns einer ganzen Reihe von Artikeln von Einigungsamtsvorsitzenden aus Charlottenburg, mit denen die bürgerliche Presse im Herbst 1920 überflutet wurde, als die Charlottenburger Mieterbeisitzer erklärt hatten, daß sie bei bestimmten Entscheidungen nicht mehr mitwirken würden, weil die unter den Vorsitzenden vereinbarte Spruchpraxis ihrer Meinung nach gegen die Höchstmietordnung verstoße. Da wurde der Richterstreik (unbekümmert um die Gründe der Maßnahme) aufs schärfste verurteilt, und es wurde geschrieben, daß die letzte Säule des Staates wankte, wenn in die Rechtspflege eingegriffen werde! Heute (oder vielmehr — beim Amt Wedding) ist das etwas ganz anderes; denn hier streifen ja nicht die Mieterbeisitzer, sondern die armen Hausagrarier. Und die sind doch bekanntlich so „staatsverfeindlich“, daß sie über den Verdacht, die letzte Säule des Staates zum Wanken zu bringen, weit erhaben sind. Hoffentlich entwickelt der Magistrat und die Bezirksversammlung Wedding das nötige Rückgrat, die streiklustigen Vermieterbeisitzer zeitlos zu beseitigen. Die Mieterbeisitzer mühten, wenn hier nicht durchgegriffen wird, zur Abwehr zu schreiben und die (etwas größere) Zahl der „hausbesitzerfreundlichen“ Vorsitzenden zur Strecke bringen. Das ist um so leichter möglich, als die Mieter gar kein Interesse daran haben, höhere Miete und Sonderzuschläge aus 10 der Höchstmietverordnung zu zahlen oder wohl gar mit Hilfe des Mietvermittlungsbüros — auf die Straße zu fliegen.

Soldaten der Republik²⁾

Von Theobald Tiger

Herrn Dr. Otto Geßler in tiefem Mitgefühl

Unter Wilhelm, mußt du wissen,

war das nämlich so:

Rote Köpfe konnte hissen

Jeder — frisch und froh.

Wenn im Laufe der Debatte

Rebel mal Geburtstag hatte,

brachte der Landrat ihm ein Ständchen,

Generale gaben Händchen . . .

Vor dem Haus des Jubilares

— laß nicht, Otto, denn so war es! —

stand die ganze Kompagnie

krumm und ries: „Gott segne Sie!“

Deut hat sich das nicht geändert.

Wir sind mächtig frei!

Nicht so schwarz-weiß-rot behänder?

Was ist da dabei —?

Alle Herrn Hochwohlgeboren,

die den kleinen Krieg verloren,

läßt man durch die Städte wandern

von der einen zu der andern.

Laßt sie aufhören, feiern, liegen,

Bürgerblut fließt auf den Straßen . . .

Und in festem Schritt und Tritt

Geßlers Reichswehr immer mit.

Abgesang

Den Otto Geßler kann ich leiden —

Denn macht die Reichswehr einen Coup:

dann hält er schallhaft und beschelden

sich fest die beiden Augen zu.

Wir ändern bleiben auf dem Dien,

Und wünschen leis: „Gott segne ihn —!“

²⁾ Aus der „Weltbühne“ Nr. 25.

Es ist geradezu empörend . . .

Am vergangenen Sonntag hatten sich zahlreiche Vorkämpfer vor der „Potsdamer Tageszeitung“ gesammelt, wo der Aufruf der Regierung im Schwanenstern ausgehängt war. Ein gut proportionierter Herr ging vorbei, sah sich den Ausschuss an und schrie: „Nieder mit der Republik!“ Einige Postkarten liehen den Schreier festhalten, und nachdem er es erst abgelehnt hatte, gab er die Postkarten zu. Auf der Wache machte er seinem Verlangen Luft, indem er u. a. sagte, daß es „unerhört, geradezu empörend sei, einen alten General festzusetzen!“ Es handelte sich bei der Feststellung nämlich um den Leiter der Disziplinar-Deputation Tempelhof der Deutschnationalen Volkspartei, Generalmajor v. Felgenhauer, Tempelhof, Berliner Straße 48. — Noch unerhörter wäre es, wenn deutschnationale Nordbuben verhaftet und bestraft würden!

Ausfall der Stadtverordnetenversammlung.

Die für heute, Dienstag, vorgesehene Sitzung der Stadtverordnetenversammlung fällt wegen der Beisehung Rathenau aus. Die nächste Sitzung fällt auf den Donnerstag.

Balkongesetz. Das vom Bezirk Friedrichshagen heute Dienstag beabsichtigte Konzert kann wegen Arbeitsruhe nicht stattfinden und wird auf Dienstag, den 4. Juli, verlegt. Eintrittskarten behalten Gültigkeit.

Erkner. Am Sonnabend, 7. Uhr abends, veranstalteten die drei Arbeiterparteien eine Protestversammlung mit anschließender Demonstration gegen die immer frecher werdende Reaktion. Vor ausgedehntem Hause sprachen die Genossen Scholem von der SPD., Genosse Krüger SPK, sowie unser Genosse Dr. Freund. In je 15 Minuten Redezeit wurde treffend darauf hingewiesen, daß die von den nationalen Kreisen veranstalteten Rea.-Feiern, Krieger- und Schützenfeste, Hindenburgmumme und dergl. Paraden die Musterung der konterrevolutionären Armee bedeuten, die dazu bestimmt ist, eine Partisolanmaßnahme zu veranstalten, die in der Ermordung des Ministers Rathenau ihren Ausgang genommen hat.

In seltener Einmütigkeit wurde allen drei Rednern stürmischer Beifall seitens der Versammlungsbesucher gezollt. Der noch der Versammlung durch den Ort in musterhafter Ordnung sich bewegende Demonstrationzug bewies wiederum, daß die geeinte Arbeiterkraft sehr wohl in der Lage ist, den Kampf um die Freiheit der Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker zu wagen.

Angesichts der immer häufiger werdenden monarchistisch-reaktionären Provokationen muß es Aufgabe der gesamten Arbeiterkraft sein, derartige Veranstaltungen auch in Zukunft unmöglich zu machen.

Der Gipfel der Schamlosigkeit wurde dadurch bewiesen, daß der Schützenverein Erkner nach dem rühmlichen Wort des Ministers Rathenau fertig brachte, die schwarz-weiß-rote Fahne, die am Schützenbaue lustig wehte, nicht mal halbmaße zu setzen. In eine Entfernung dieser konterrevolutionären Flagge seitens der drei Tage lang feiernden Schützen ist nicht zu denken.

Männerchor Friedenau-Steglich veranstaltet am Dienstag, abends 8 Uhr, Stegliche, Nichteberg-Terrassen, ein öffentliches Volkskonzert. Im regen Besuch der Genossen und Genossinnen wird gebeten. Die Übungsstunden des Chors finden Freitag von 8-10 Uhr, Realschule, Eidenrandplatz 13, statt.

Die Bezirks-Versammlung des 18. Verwaltungs-Bereiches hielt am Mittwoch, dem 21. ihre letzte Sitzung vor den Sommerferien ab, und erledigte eine ganze Reihe wichtiger Bezirksangelegenheiten. Es wurde der Ausbau des Spielplatzes an der Altkirchstraße in Steglitz beschlossen. Bei der Wahl der unbesoldeten Kommunalbeamten protektierte Gen. Diehr dagegen, daß die Wahl erst jetzt vorgenommen wird, nachdem die betreffenden Herren ihre Ämter schon 6 Monate ausüben. Ein Antrag unserer Fraktion, die Eisenbahnbrücke im Zuge der Feldstraße zu verbreitern und damit den unzulässigen Verkehrsstaus dort ein Ende zu bereiten, wurde vom Gen. Aisermann wirksam beantragt, und einstimmig angenommen. Das Bezirks-Amt will den Brückenbau in das Bauprogramm des Jahres 1923 aufnehmen. Ein weiterer Antrag unserer Genossen auf Ausbesserung der eisernen Regenwasserleitungen auf den Bürgersteigen, vom Gen. Klose beantragt, rief eine lebhafteste Debatte hervor, in deren Verlauf der Stadtkaufmann den Hausbesitzern den Rat gab, diese Ausführungsarbeiten nach dem 1. Juli auszuführen zu lassen, und dann die Kosten auf die Mieter abzuwälzen. Bei der Beratung der Verträge wegen der Hofkammerung kam es zu einer sehr lebhaften Aussprache. Während man dem Unternehmer, der die Hofkammerung in Nichteberg und Lankwitz betreibt, Extrapreise für Nichtbewohner des 12. Verwaltungs-Bereiches, nicht genehmigte, bekam der Steglitzer Anwohner für Steglitz dieses Recht zu-

gebildet. Zum Schluss wurde noch ein Antrag angenommen, die Schulhöfe während der großen Ferien als Spielplätze für die Schulkinder zu öffnen.

Einen tragischen Tod erlitt gestern früh der 39 Jahre alte Tischler Hans Rogall aus der Anhaltstraße 8 in Berlin, als er in seinem Laubengrundstück in Baumhäuserweg in der Kolonie Waldholl seinen Tischler abmachte. Dabei ging die Ladung nach hinten heraus und verletzte Rogall so schwer am Hals, daß er seinen Verletzungen wenige Minuten später erlag.

Einen grauenhaften Selbstmord beging der 21 Jahre alte Kaufmann Julius K. aus Steglitz. Er ließ sich etwa 750 Meter vom Bahnhof Nikolassiee auf der Strecke Grunewald-Nikolassiee in der vergangenen Nacht gegen 11 1/2 Uhr von einem Vorortzuge überfahren.

Aus dem Tegeler See gelandet wurde die Leiche eines 30 bis 35 Jahre alten Mannes. Er ist 1,65 Meter groß und kräftig gebaut hat dunkelblondes noch hinten gekämmtes Haar und englisch gestrichelten Schnurrbart, rundes volles Gesicht und am linken Unterschenkel vier Flecknarben in Größe eines Fünfpennigstückes. Er trug einen schwarzen Hut braune Weste, schwarz-weiß gestreifte Hose, schwarze Schnürstiefel, ein rotweiß gestreiftes Vorhemd und schwarzen Selbstbinder mit neuester Nadel.

Gewerkschaftliches

Die bürgerliche Front gegen die Landarbeiter

Im Reichstag wurde in diesen Tagen die Pachtgesetzordnung am 13. Ausschuss beraten. Das Gesetz soll dazu dienen, den wirtschaftlich Schwachen zu helfen, ihn vor Härten zu bewahren. Von diesem Gesichtspunkt aus stellte der Vorsitzende des Deutschen Landarbeiterverbandes Schmidt und Bezirksleiter des D. L. V. in Däpreußen, Jäder, einen Antrag; im § 1b, Abs. 1 unter a eine Ziffer einzufügen mit folgendem Wortlaut:

„a. daß das Deputatland der landwirtschaftlichen Arbeiter bis zum Ablauf des Wirtschaftsjahres dem Deputanten zur vollen Nutzung verbleibt.“

In allen Versammlungen jagte die Redner bürgerlicher Parteien, daß sie mit warmem Herzen die Interessen der Landarbeiter vertreten! Man hätte man annehmen sollen, gerade die deutschnationale „Volkspartei“, die angeblich hier in Däpreußen allein die Interessenvertreterin der Landarbeiter zu sein angibt, hätte sich warm für den Antrag eingelassen. Weit gefehlt! Das dürfte nicht sein. Der deutschnationale Abgeordnete, Vorsitzender des Zentralverbandes der Landarbeiter, aber fühlte sein Herz in christlicher Nächstenliebe schlagen, holte schnell die Landarbeitsordnung hervor, liest den § 18 und: „Rein, wir können dem sozialistischen Antrag nicht zustimmen. Der Landarbeiter ist genügend geschützt, in diesem Paragraphen steht es deutlich.“ Ja was steht denn da? Lesen wir einmal § 18 nach. „Bei vorzeitiger Beendigung des Dienstverhältnisses sollen den Dienstverpflichteten von den ihm vom Arbeitgeber gewährten Land die Früchte in einem, seinen bisherigen Leistungen entsprechenden Anteil unter Zugrundelegung des Durchschnittsertrages der Fläche zuteilen. Bei Streitfällen entscheidet der Schlichtungsausschuss.“

Und wie sieht dieser Schutz in der Praxis aus? Ein Deputant wird am 30. Mai aus einem geringfügigen Grunde entlassen, legt er nach § 18 der vorläufigen Landarbeitsordnung Anspruch auf den anteiligen Ertrag der Ernte, d. h. in diesem Falle: unter Zugrundelegung von durchschnittlich 90 Zentner Kartoffelertrag pro Morgen (Kartoffelland gilt als Sommerlag) 90 : 6 = 15 X 2 = 30 Zentner. Der Deputant, der nur auf Deputat angewiesen ist, erhält für den kommenden Winter 30 Zentner Kartoffeln. Der Kartoffelgenuss knapp, die Steuern und sonstigen Ausgaben zu bestreiten. Woher soll das Geld genommen werden, um Kartoffeln zu kaufen? Das Deputat des Deputanten muß mit dazu verwendet werden, um den so sehr niedrig bezahlten Vorgänger zu entlohnen resp. zu belohnen.

Pflicht eines jeden sozial denkenden Menschen wäre es gewesen, für den Antrag zu stimmen. — Um so mehr bestand diese Pflicht für den deutschnationalen Vorsitzenden des Zentralverbandes Behrend, diesem Antrag zuzustimmen, statt dessen bekämpfte er ihn, der jedem Deputanten, auch wenn er nicht mehr bei dem Arbeitgeber, bei dem er sein Kartoffelland bestellte, arbeitete, den Ertrag der ganzen Ernte des Deputatlandes zusichert. Aber auch die Deutsche Volkspartei, die Demokraten und das Zentrum stimmten geschlossen dagegen. Für den Antrag stimmten lediglich die sozialdemokratische und die unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands. Die Kommunisten hatten keinen Vertreter im Ausschuss. Natürlich, wo es heißt, dem Landarbeiter praktische Erfolge zu bringen, sind die Kommunisten nicht unweilend. Um so mehr schimpfen sie nachher.

Die Landarbeiter sollten nun ihre Lehren daraus ziehen. Nur die sozialistischen Parteien stellten die landarbeiterfreundlichen Anträge, nur die Vertreter des Deutschen Landarbeiterverbandes legten sich mit aller Energie dafür ein. Abgelehnt wurden die Anträge von allen bürgerlichen Parteien, abgelehnt auch von dem deutschnationalen Vorsitzenden des christlichen Zentralverbandes der Landarbeiter. Die Kommunisten aber beteiligten sich im Ausschuss überhaupt nicht an den Beratungen. Landarbeiter, stärkt durch euren Eintritt die sozialdemokratischen Parteien, damit durch ihre Stärke eure Forderungen im Parlament erfüllt werden können. Und hinein in den Deutschen Landarbeiterverband!

Die Buchbinder zum Verbandstag

In der am 20. Juni im Gewerkschaftshaus stattgefundenen Generalversammlung der Buchbinder wurde die Debatte über den Verbandstag in Kassel fortgesetzt. Tische demängelte die bisherige Tätigkeit des Verbandes und des ADGB, der nicht als Kampforganisation die Interessen der Arbeiterschaft mit der notwendigen Entschiedenheit vertreten hat. Er unterzog die Kasseler Tagung einer Kritik und forderte, daß die gestrigen Beschlüsse auch in die Tat umzusetzen seien. Ganz entschieden nahm Müller die SPD-Fraktion in Schutz und erklärte ihre Stärke auf dem Verbandstag durch ihre gute praktische Arbeit. Während dem die Erhöhung der Beiträge eintrat, um die Kampffähigkeit des Verbandes zu stärken, übten andere Diskussionsredner starke Kritik und forderten den Zusammenschluß in Industrieverbände und stärkeres Eintreten des Verbandes und des ADGB für die Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse. Genosse Kaspar forderte im Schlusswort tatkräftige Mitarbeit und Bewilligung der notwendigen Beiträge, um die Organisation zu stärken und im Interesse der Arbeiterschaft wirken zu können.

Ein Antrag, die Stenotypistin nach einem Privatvertrag anzustellen, wurde abgelehnt.

Nach einer kurzen Debatte beschloß die Generalversammlung, daß die drei Fraktionsvorsitzenden über die Aufstellung der Kandidaten zum Reichstag beraten sollen.

Die Kollegen Jerni und Priemer wurden als Tarifausschussmitglieder gewählt.

Betriebsräte

Deputationen einer großen Anzahl Betriebe des Wirtschaftsbezirkles waren heute in der Betriebsrätezentrale und forderten die sofortige Einberufung der Generalversammlung der Betriebsräte, damit dieselbe zu der gegenwärtigen Situation Stellung nehmen solle. Hieran hoben wir folgendes zu erklären:

In gemeinsamer Sitzung der Gewerkschaftskommission, der Afa, SPD, USPD, und KPD, wurden die Fragen des betrieblichen Vorgehens durchgesprochen und einmütig im Sinne des heutigen Aufrufes entschieden. Wir fordern die Betriebsräte auf, in ihren Betrieben dafür zu sorgen, daß entsprechend dem Aufrufe gehandelt wird, daß strengste revolutionäre Disziplin herrscht.

Am heutigen Abend trat der Zentralrat und sämtliche Gruppenräte in gemeinsamer Sitzung, und erfolgte die Einberufung einer Generalversammlung der Betriebsräte in dem Augenblicke, wo es die Situation nach Auffassung oben genannter Körperlichkeiten, erfordert.

Freiengewerkschaftliche Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Kaufmännische und Büroangestellte

Auf Beschluß der Spitzenorganisationen und des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes tritt morgen, Dienstag, den 27. Juni, mittags 12 Uhr völliue Arbeitsruhe ein.

Die Funktionäre unseres Verbandes haben sich unverzüglich mit den Vertretern der Arbeiterschaft in Verbindung zu setzen, um gemeinschaftlich das Nötigste zu besprechen.

Die Belegschaften verlassen pünktlich um 12 Uhr geschlossen die Betriebe. Die Arbeitsruhe währt bis zum Betriebsbeginn des nächsten Tages.

Kollegen und Kollegen! Heraus aus den Betrieben. Beendet durch geschlossenen Aufmarsch euren Willen, die Reaktion niederzuschlagen.

Zentralverband der Angestellten — Ortsgruppe Berlin.

Die Arbeitsruhe im Einzelhandel

Das Kartell der freien Gewerkschaften im Einzelhandel teilt mit:

Das Kartell der freien Gewerkschaften im Einzelhandel fordert alle in den Berliner Waren-, Kaufhäusern und Spezialgeschäften tätigen Angestellten, Handelshilfs- und Facharbeiter auf, sich an der Reihen-Demonstration durch Arbeitsruhe zu beteiligen. Treffpunkt Dienstag, den 27. Juni 1922, mittags 1 Uhr, Dönhofsplatz — Ecke Kommandantenstraße. Sorgt für die reiblose Stillsetzung der Betriebe, demonstriert gegen den Reichsmord!

Zur Beachtung. Alle für heute abend anberaumten Fraktions-, Branchen- usw. Versammlungen fallen aus und werden neu anberaumt werden.

Bankbeamten heraus!

Die Großbanken als Gefinnungsgegenossen der Menschheit?

Das Kapital provoziert und übt Neutralität

Wie wir aus verschiedenen Berliner Finanzinstituten vornehmlich aus den großen D-Banken, hören, erklärten die Direktoren den Betriebsräten gegenüber, die auf den heutigen Demonstrationstreffpunkt hinweisen, daß dies die Banken nichts angehe und das Personal zu arbeiten habe, weil das Kapital sich „neutral“ verhalte!

Diese „Neutralität“ ist eine infame Provokation, und wir wollen zur Ehre der Bankangestellten annehmen, daß sie diese Zumutung weit von sich weisen und geschlossen mit der ganzen demonstrierenden Hand- und Kopfarbeiterchaft die Betriebe verlassen.

Weiter wird uns aus einigen Banken gemeldet, daß die sich da herumtreibenden ehemaligen Offiziere von Teil provokatorisch benehmen. Diesen Vandalenflecken mit aller gebührenden Deutlichkeit entgegenzutreten und event. deren Entfernung zu veranlassen, ist das Gebot der Stunde.

Im übrigen erwarten wir den geschlossenen Aufmarsch des Bankpersonals, das im anderen Falle herausgeholt werden müßte.

Ein Hundsdott verdientig, der heute für die „Neutralität“ des Bankkapitals nachmittags Profit schindet.

Vor wichtigen Entscheidungen im Bankgewerbe. Wie der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten mittels, findet Donnerstag, den 29. 6. 22, im großen Saal der Neuen Welt, Hakenstraße, eine große öffentliche Kundgebung der gesamten Berliner Bankangestellten-Gesellschaft statt, um zu der Tarifsituation, die sich sehr zugespitzt hat, Stellung zu nehmen. Redner aller drei Bankangestellten-Organisationen sowie die Obleute sämtlicher Großbanken werden sprechen.

Streik im Mineralöl- und Fettgroßhandel unvermeidlich

In dem Lohnstreik der gewerblichen Arbeiter, welche im Deutschen Transportarbeiter-Verband organisiert sind, fällt der Schlichtungsausschuss einen Schiedsspruch, der Lohnsätze für Juni Mk. 950,— für Juli Mk. 1050,— bis Mk. 1130,— festlegte. Dieser Schiedsspruch trägt den Forderungenverhältnissen in keiner Weise Rechnung.

In einer Vollversammlung beschäftigten sich die Arbeitnehmer mit diesem Schiedsspruch, der unter großer Enttäuschung entgegengenommen wurde. In der Diskussion sprachen sich sämtliche Redner gegen die Annahme des Schiedsspruchs aus. Die Abstimmung ergab die Ablehnung des Schiedsspruchs gegen 6 Stimmen. Durch Antrag wurde die Organisationsleitung beauftragt, bis Dienstag neue Verhandlungen anzunehmen resp. den Demo anzurufen. Sollte kein günstiges Ergebnis erzielt werden, wird am Mittwoch eine Versammlung über Streik oder Nichtstreik entscheiden. Die Arbeiter sind gewillt, an ihrer Forderung festzuhalten und dieselbe mit dem letzten gewerkschaftlichen Mittel zur Anerkennung zu bringen.

Heute, Dienstag, nachmittags 5 Uhr, in der Böhlow-Brauerei, Prenzlauer Allee 242

Große Funktionärkonferenz

Tagessordnung:

Mahnahmen zum Schutz der Republik.

Zutritt haben alle Parteiz- und Gewerkschaftsfunktionäre.

Bezirksleitung der USP. Berlin-Brandenburg.

Generalversammlung des Zentralverbandes der Fleischer. Am 22. Juni nahm die Generalversammlung den Halbjahresbericht der Ortsverwaltung entgegen. Berichtserstatter war Kollege Gaebler. Den größten Teil des Berichtes nahmen die Lohnbewegungen ein. Zu konstatieren ist, daß die Lebenshaltung im allgemeinen nicht besser geworden sei, sondern sich auf absteigender Linie bewege. Zur Aufklärung und Bildung in der Berichtstätigkeit wurden Sonderkurse der Betriebsrätelehre eingerichtet, deren Besuch auch allen Kollegen zu empfehlen sei, die nicht Betriebsräte sind. Die Agitation war gut, doch stehen 750 Aufnahmen, 700 Aus- und Uebertritten zu anderen Organisationen entgegen. Dieser Fluktuation muß entgegen gewirkt werden. Der Kassenbestand hat durch die große Bekämpfung eine kleine Senkung erfahren. Der Umsatz der niedrigen Beiträge ist ein recht großer und entspricht nicht dem Stätt. Mit dem Wunsche, der kommenden schweren Zeit eine feste geschlossene Arbeiterschaft entgegenzustellen, schloß Redner seine Ausführungen. In der Diskussion wurde gewünscht, die Lohnbewegungen auf der ganzen Linie zu führen. Im übrigen fand der Bericht Zustimmung.

Die Neuwahl der unbefohlenen Bauvorstands-Mitglieder ergab folgendes Resultat: Schäfer, Loos, Freitag, Schnabel, Krüger, Böhm, Sch, Blumenhal. Zwischen Rahn und Lenkeit muß Eichwald stattfinden. Eine von den Funktionären vorgeschlagene Kommission zur Weiterverbreitung der Verschmelzungsfrage wurde einstimmig bestätigt.

Für die technischen Angestellten in den privaten Architekturbüros ist am 20. Juni eine Vereinbarung zwischen dem D. d. A. und dem Bund der technischen Angestellten und Beamten getroffen worden, die eine Gehaltsregelung für alle technischen Angestellten in diesen Büros vorseht. Die höchsten Gehälter belaufen sich für den Bauführer bzw. künstlerisch tätigen Architekten zurzeit auf 7618,75 M. pro Monat. Dazu kommen noch Zulagen für besondere Augen-tätigkeit. Auskünfte über den Vertrag erteilt der Bund der technischen Angestellten und Beamten, Ortschaftsverwaltung Groß-Berlin, Werflitz 7.

Die Annuldhne im Berliner Töpfergewerbe. Bei der erneuten Verhandlung am 8. Juni 1922 wurde mit den Unternehmern folgendes vereinbart: Ab 1. Juni rückwirkend, bei Lohnarbeit pro Stunde 33.— Mark. Bei Affordarbeiten 31 Prozent auf den bestehenden Berliner Lohnsatz. Die Verhandlungen betriebs des Provinzialtarifes haben am 9. Juni stattgefunden, die Bekanntmachung über das Ergebnis findet nach Beendigung der Verhandlung sofort statt.

Verbindlich erklärter Tarifvertrag. Gemäß Verfügung des Reichsarbeitsministeriums (Aktenzeichen IV D 637/18, Blatt 311 Bd. Nr. 5) ist der am 10. April 1922 abgeschlossene III. Ergänzungsnachtrag für die Angestellten im Samt- und Seidenwarengroßhandel mit Wirkung vom 1. März 1922 für die Stadtgemeinde Berlin für allgemeinverbindlich erklärt worden. Tarifverträge sind im Büro des Zentralverbandes der Angestellten, Belle-Alliance-Straße 7/10, erhältlich.

Auserschleude. Am Mittwoch, dem 28. d. M., findet im Gewerkschaftshaus unsere Mitgliederversammlung statt. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung, v. a. Neuwahl für die wichtigsten Posten im Vorstand, ist es unbedingt erforderlich, daß alle Kollegen erscheinen.

USPD. Delegierte des Holzarbeiter-Verbandes. Am Donnerstag, den 29. Juni 1922 findet die Generalversammlung der Holzleute Berlin statt. Alle USPD-Delegierte sind verpflichtet, zu erscheinen. Richterliche haben den Verlust des Mandats zur Folge. Bei der Neuwahl eines Angestellten stimmen die USPD-Delegierten geschlossen für Genossin Helene Thomas (Berggoldberg), um auch den weiblichen Mitgliedern in allen Organisations- und Agitationsarbeiten Rechnung zu tragen.

Metallarbeiter. Die Sitzung der engeren Verwaltung der Metallarbeiter findet Mittwoch, den 28. Juni, zur selben Zeit statt.

Arbeiterjäger

Treffpunkt 1/2 Uhr Lustgarten zum gemeinsamen Gesang. Der Gauvorkand.

Arbeiter-Samariterkolonne Berlin

Alarm! Dienst an den von der Gewerkschaftskommission bezeichneten Stellen. Der Zentralvorkand.

Parteiveranstaltungen

10. April (Kreuzberg). Die außerordentliche Generalversammlung 1922 und die Ausschüsse von Sommerfest müssen sofort abgerufen werden.

Charlottenburg. Die Genossen treffen sich zur Demonstration am Anl. Harnisch 1 Uhr. Die Betriebe schließen sich an. Kreuzberg-Friedenau. Treffpunkt zur Demonstration 1 Uhr, Kaiser-Wilhelm-Platz. Harnisch 1 1/2 Uhr. Banner und Schilde sind mitzubringen. Die Betriebe schließen sich an.

Dienstag, den 27. Juni.

14. Dürst. Die angelegte Mitgliederversammlung findet wegen der ungeschlossenen Situation nicht statt.

15. Versammlungsbetrieb. Abends 8 Uhr. Die Funktionärkonferenz für den ganzen Bezirk findet in der Schule, Berliner Straße, in Nieder-Schönheide statt. Deute, Menton, keine Sitzung.

Charlottenburg (Berlungskommission). Abends 7 Uhr. Wallstr. 4. Expedition.

Schönberg-Friedenau. Keller und Kellerinnen der Sonderauskunftskommission müssen zur Sitzung, 8 Uhr abends, pünktlich erscheinen. Wichtige Tagesordnung.

Mittwoch, den 28. Juni.

Verwaltungsbereich Kreuzberg. Das Gelingen der Arbeit in der Goldenen Hand nicht statt.

1. Verwaltungsbereich, Berlin-Mitte. 1/2 Uhr. Funktionärkonferenz mit Ob-leuten. 1/2 Uhr. Bezirksversammlung im Nordbau. Pünktliches Erscheinen Pflicht. Wichtige Tagesordnung.

Schönberg, Stadt und Land. Pünktlich 7 Uhr. Funktionärkonferenz der USPD-Überbetriebe in der Mittelschule, Kreuzberg. Wichtige Tagesordnung. Das Erscheinen aller Überbetriebe ist unbedingt Pflicht.

USPD. Agitationsbereich Kreuzberg. Funktionärkonferenz der Gruppen Mitte, Nordbau, Friedenau, Berg, Dantow, Riesenbühlchen, Köpenick und Bernow im Jugendheim Nordbau, Heiliger-Geist-Straße 11. Sammelnde, Aufmarsch, Expedition, Schriftführer und sonstigen Helfer haben bestimmt um pünktlich 7 Uhr zu erscheinen.

Vereinskalender

Dienstag, den 27. Juni.

USPD-Bezirksleiter:

Die Kommissarien der Kommunistischen Fraktion auf dem am 27. und 28. Mai stattgefundenen Gaukongress Berlin-Brandenburg des D. G. sollten und sollten zur Gründung einer Fraktion übergehen, wenn wir beschließen wollten, daß die Organisation eine Zelle der USPD wird. Die Beschlüsse der USPD-Fraktion sind daher, zu der am Dienstag, den 27. Juni 1922, abends 7 1/2 Uhr, im Hotel Eduard, Glatzstraße 30, stattfindenden Besprechung durch einige Genossen und Genossinnen vertreten sein. Ihre Parteimitglieder, die als Funktionäre im D. G. tätig sind, müssen unbedingt erscheinen.

Genossenschaft legitimiert. Ohne daselbe keine Zutritt. USPD-Fraktion der Reichsleiter.

Jugendbewegung

Zentralistische Bezirksleiter-Tage

Dienstag, den 27. Juni, nach der Demonstration Besprechung der Parteizellen im Selbststudium, Dienstag und Mittwoch Parteizellenarbeit und Vorbereitung der Gruppen.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Rauh, Berlin; für den Verlags- und geschäftlichen Teil: Ludwig Romer, Berlin. — Verlags-Gesellschaft „Freiheit“, c. o. m. b. H., Berlin. — Druck von Gehring & Neimark, c. o. m. b. H., Berlin SW 68, Hagenstraße 75